



## 0. Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** begrüsst die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates, die anwesenden Besucherinnen und Besucher sowie die Medienvertreterinnen und Medienvertreter zur zweiten, reich befrachteten Stadtratssitzung der Legislaturperiode 2013-2016.

Seit der letzten Stadtratssitzung sei bereits mehr als ein Monat vergangen. In dieser Zeit habe mit der Langenthaler Fasnacht 2013 ein zentraler kultureller Anlass stattgefunden, der schon wieder der Vergangenheit angehöre. Tausende von Leuten haben den Langenthaler Fasnachtsumzug mit dem Motto "äs geischeret" besucht und seien davon "begeistert" gewesen. An dieser Stelle danke er den Fasnachtsverantwortlichen - insbesondere dem Fasnachtsoberr Herrn Stadtrat Markus Gfeller - herzlich für den reibungslosen Ablauf.

Die Fasnachtsgesellschaft - bestehend aus rund 50 Cliques und über 1'600 aktiven Fasnächtlerinnen und Fasnächtlern - trage jedes Jahr zu diesem wichtigen kulturellen Anlass der Stadt Langenthal bei und stehe damit für die unzähligen ehrenamtlich tätigen Menschen in der Stadt Langenthal, die sich ohne grosse Entschädigung für die Allgemeinheit einsetzen. Wie bereits in seiner Amtsantrittsrede am 4. Februar 2013 erwähnt, sei er sich sicher, dass wenn die von solchen Gruppierungen geleistete Arbeit vermehrt gewürdigt und dargestellt würde, die Ausnahmen - die es in der Öffentlichkeit auch gebe - weniger Gewicht hätten.

Mit der Vereidigung zum Mitglied des bernischen Grossen Rates habe für den Vizestadträsidenten Reto Müller am heutigen Tag ein nicht unwesentliches Ereignis stattgefunden. Als amtierendes Mitglied des bernischen Grossen Rates gratuliere er seinem neuen Gross-Rats-Kollegen herzlich zum neuen Amt und wünsche ihm dabei viel Freude und Befriedigung. Die Arbeit in der Legislative sei Reto Müller nicht unbekannt, obwohl er im Grossen Rat einer von 160 Politikern sei, wogegen er im Stadtparlament Langenthal einer von 40 gewesen sei.

Unter Verdankung für die Verfassung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 4. Februar 2013 erteilt er der **Protokollführerin** das Wort zur Vornahme des Appells:

- **38** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend<sup>1</sup>
- **5** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst ist entschuldigt abwesend.<sup>2</sup>

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells (38 anwesende Stadratsmitglieder) betrage 20.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe sei vorschriftsgemäss erfolgt. Die umfassenden und fundierten Aktenaufgaben des Stadtrates Langenthal würden denjenigen des bernischen Grossen Rat in nichts nachstehen, wofür er dem Stadtratssekretariat danke.

Allfällige Bemerkungen zur Traktandenliste gelte es nun zu äussern.

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **38**, ab 19.20 Uhr sind **39** und ab 20.20 Uhr (zur Abstimmung Traktandum Nr. 3) sind **40** Stadratsmitglieder anwesend.

<sup>2</sup> Anmerkung der Protokollführung Zum Appell sind **5** und ab 19.30 Uhr sind **6** Gemeinderatsmitglieder anwesend.



**Patrick Freudiger, SVP-Fraktion:** Der Stadtrat habe gemäss Art. 2 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates das Recht, die Traktandenliste in ausserordentlichen Fällen zu Beginn der Sitzung zu ergänzen. Gestützt darauf und für den Fall, dass der Stadtrat die *"Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit"* als Motion mit Weisungscharakter qualifiziere und erheblich erkläre (Traktandum Nr. 6), werde dem Stadtrat namens der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion beantragt, die Traktandenliste der heutigen Stadtratssitzung zu ergänzen mit

**(neu) Traktandum Nr. 7: Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal; Beschluss des Stadtrates vom 18. Juni 2012 betreffend Erheblicherklärung; Wiedererwägung**

Sollte die Erheblicherklärung der *"Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit"* abgelehnt werden, würde sich der Antrag, ein neues Traktandum 7 einzuführen, erübrigen.

Weil die Ergänzung einer Traktandenliste keine alltägliche Angelegenheit sei, erlaube er sich ein paar Ausführungen dazu vorzubringen:

- Der Stadtrat (das Parlament) gebe sich die Geschäftsordnung selber, womit der Stadtrat einen sehr weiten Ermessensspielraum habe. Es sei deshalb auch Sache des Stadtrates, wie er die von ihm erlassenen Vorschriften verstanden wissen wolle. Auch die Art und Weise sowie die Tragweite der Umsetzung der Vorschriften sei vom Stadtrat zu bestimmen.
- Die vorliegende Situation rechtfertige die beantragte Ausdehnung der Traktandenliste nach Ansicht FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion ohne weiteres.
- Den Akten zur Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit könne entnommen werden, dass es um drei Abstimmungen gehe:
  1. Erheblicherklärung der Motion (*Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit*). Wenn der Erheblicherklärung zugestimmt werde, gehe es um
  2. die Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 betreffend die Erheblicherklärung *"Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal"*. Erst wenn der Stadtrat der Wiedererwägung zustimme, gehe es dann wieder um
  3. die wiedererwogene Frage und führe zur erneuten Abstimmung, ob die Schulsozialarbeit gewollt werde oder nicht.

Entgegen Meldungen in den Medien, werde mit der beantragten Ausweitung der Traktandenliste nicht gleich bis zum Punkt 3 durchgestartet, obwohl dies auch möglich wäre. Weil Politik manchmal auch eine Frage des Stils sei, sei letztlich aber entschieden worden, die materielle Frage (Schulsozialarbeit Ja oder Nein) am heutigen Abend noch aussen vor zu lassen. Die beantragte Ausdehnung der Traktandenliste gehe bis zum Punkt 2. Demgemäss werde am heutigen Abend über die Erheblicherklärung der *"Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit"* und über die Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 abgestimmt. Ausdrücklich nicht Gegenstand einer heutigen Abstimmung sei die Frage über die Schulsozialarbeit Ja oder Nein. Am heutigen Abend gehe es lediglich um formelle Aspekte, die nichts desto Trotz aber wichtig seien.

- Darüber, dass die Erheblicherklärung einer Wiedererwägung und die Wiedererwägung selber ein und dieselbe Frage sei, seien sich wohl alle einig. Wer eine Motion unterstütze, mit welcher wiedererwogen werden soll, der wolle wiedererwägen. Obwohl in diesem Vorgehen formell, rein juristisch und technisch betrachtet, vielleicht zwei Fragen gesehen werden können, handle es sich faktisch und materiell betrachtet jedoch um ein und dieselbe Frage. Klar sei auch, dass die Behandlung dieser beiden gleichen Fragen in zwei Etappen, zu einer Verzögerung führe, die letztlich niemandem etwas nütze.



- Die Wiedererwägung werde aufgrund von veränderten sachlichen und politischen Umständen verlangt. Aus Zeitungsberichten gehe hervor, dass sich der Kanton Bern im Rahmen von Sparbemühungen aus der Finanzierung von Schulsozialarbeit zurückziehe, obschon dieser ab dem Jahr 2014 mitfinanzieren wollte. Als über das Thema Schulsozialarbeit im Stadtrat diskutiert worden sei, sei dies im Glauben erfolgt, dass der Kanton einen grossen und erheblichen Teil der Kosten zahle. Die Ausgangslage sei heute sachlich anders, da der Kanton sein Engagement für Schulsozialarbeit gegenüber dem ursprünglichen Plan um Fr. 1 Mio. herunterfahre. Bekannt sei auch, dass sich die politische Akzeptanz der Schulsozialarbeit in den letzten Monaten verändert habe. Trotz allem würden diese veränderten Umstände auf die Frage nach einer oder zwei Abstimmungen keinerlei Einfluss nehmen. Aus diesem Grund und für den Fall, dass die Traktandenliste heute erweitert werde, verzichte der Gemeinderat auch auf eine Stellungnahme. Aus den Akten gehe heraus, dass der seinerzeitige Antrag zur Schulsozialarbeit des Gemeinderats an den Stadtrat weiterhin Bestand habe.
- Die Frage der Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 im Anschluss an die Erheblicherklärung der *"Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit"* zu verzögern, führe zu keinerlei neuen Erkenntnissen. Alles was es in Bezug auf die Entscheidung der Frage betreffend eine Wiedererwägung brauche, sei zu wissen, ob die veränderten sachlichen oder politischen Umstände genügend Gründe für eine Wiedererwägung liefern. Da dieses Wissen bereits heute vorhanden sei, wäre eine verzögerte Behandlung ein Leerlauf, der niemandem nütze. Auch im Wissen, dass Formvorschriften nie ein Selbstzweck sein können, werde die Ausdehnung der Traktandenliste von der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion als gerechtfertigt erachtet.
- Heute nicht über beide Fragen Beschluss zu fassen, habe den klaren Nachteil, zu Unsicherheiten bei den planenden und umsetzenden Organen zu führen. Einerseits liege der überwiesene Vorstoss aus dem Jahre 2012 vor und andererseits werde ab heute ein überwiesener Vorstoss von bürgerlicher Seite vorliegen, womit zwei Vorstösse zum gleichen Thema vorliegen, deren Verhältnis zueinander überhaupt nicht klar sei. Einzig die beantragte Erweiterung der Traktandenliste schaffe diesbezüglich Klarheit.
- Wer sich die Geschäftsordnung des Stadtrates genauer anschauere, stelle fest, darin nirgends eine Bestimmung zur "Dringlichkeit" zu finden. Im Grossen Rat sei es möglich eine Motion als dringlich zu erklären, womit sie sofort behandelt werde. In Langenthal sei dies nicht möglich.

Art. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates aus dem Jahre 1981 enthalte keine besondere Zielsetzung, um sich vorstellen zu können, was unter ausserordentlichen Fällen zu verstehen sei. Es erscheine ihm jedoch wichtig zu wissen, dass dem Stadtrat gewisse Teilnahmemöglichkeiten an der Traktandierung gewährt werden. Weil der Stadtrat seit 1981 keine Dringlichkeit für Motionen habe einführen wollen, gebe es auch keine Dringlichkeit. Demgemäss habe der Stadtrat auf dem Weg der Erweiterung der Traktandenliste letztlich die Möglichkeit, um bei der Gestaltung der Traktandenliste mitzuwirken. Letztlich gelte es auch dort mitzuwirken, wo das Tempo beschleunigt werden soll.

Nicht nur - aber unter Anderem - stelle die Überlegung, einen Prozess beschleunigen zu wollen, einen legitimen Grund für einen ausserordentlichen Fall dar. Weil der heutige Vorstoss (*Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit*) darauf abziele, den Prozess zu beschleunigen, hätte ein stures Festhalten an Formvorschriften - die einem reinen Selbstzweck dienen - eine geradezu rechtsmissbräuchliche Komponente.

**Gestützt auf all diese Gründe, beantrage er namens der bürgerlichen Fraktionen (FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion), die Traktandenliste zu erweitern.**

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet die stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi, den juristischen Kontext der ganzen Angelegenheit kurz zu beleuchten, bevor der Antrag der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion zur Beratung freigegeben werde.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

**stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi:** Die Geschäftsordnung des Stadtrates, die Stadtverfassung und auch das Organisationsreglement enthalten Vorschriften zur ordentlichen Traktandierung von Geschäften für Stadtratssitzungen. Angefangen bei der Vorberatung von Kommissionen, der Antragstellung durch den Gemeinderat, der Beratung in der Geschäftsprüfungskommission bis hin zu Vorschriften bezüglich Fristen zur Aktenauflage und zur Bekanntgabe von Ort, Zeit und Traktanden einer Stadtratssitzung.

All diese Vorschriften dienen schlussendlich dem Sinn und Zweck, dass die Mitglieder des Stadtrates mindestens 10 Tage vor den Stadtratssitzungen über alle Unterlagen verfügen, um am Sitzungsabend in Kenntnis aller relevanten Fakten entscheiden zu können.

Die Geschäftsordnung des Stadtrates sehe in Art. 2 Abs.2 vor, dass der Stadtrat durch Beschluss in ausserordentlichen Fällen die Traktandenliste zu Beginn der Sitzung erweitern könne. In Art. 2 Abs. 4 werde erwähnt, dass von der Bestimmung (mindestens 10 Tage Aktenauflage) in dringenden Fällen abgewichen werden könne.

Die Frage, die sich dem Rat heute stelle, sei die, ob die beantragte Erweiterung der Traktandenliste einen ausserordentlichen Fall darstelle, der es rechtfertige, die ordentlichen Traktandierungsvorschriften zu umgehen, und damit eine direkte Ergänzung der Traktandenliste vorzunehmen.

**Stadtratspräsident Daniel-Steiner Brüttsch** schlägt in Anbetracht der Seltenheit von Traktandenlistenerweiterungen folgenden Ablauf für die Beratung der Erweiterung vor:

- a) Voten Fraktionssprechende
- b) Voten Einzelsprechende
- c) Stellungnahme des Gemeinderates, falls erwünscht

■ **Dem vorgeschlagenen Beratungsablauf des Stadtratspräsidenten wird schweigend zugestimmt.**

## Beratung der Traktandenlistenerweiterung

### a) Voten Fraktionssprechende

**Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion sei vom Vorgehen der bürgerlichen Fraktionen sehr befremdet. Bis anhin sei eine Motion ein Auftrag an den Gemeinderat gewesen, eine Vorlage unter Einbezug der vorberatenden Kommissionen vorzubereiten, die dann den Mitgliedern des Stadtrates rechtzeitig vor Sitzungsbeginn vorliege, um sich Klarheit über die neuen Gegebenheiten verschaffen zu können.

Stadtrat Patrick Freudiger habe erwähnt, dass alle von den neuen Gegebenheiten schon wissen würden. Da er persönlich davon aber keine Kenntnis habe, möchte er sich deshalb noch einmal in die Unterlagen einlesen können, um zu sehen, was sich - ausser in der politischen Zusammensetzung des Rates - geändert haben soll.

Die Geschwindigkeit mit der die Motion und damit das Thema Schulsozialarbeit begraben werden soll, werde von der SP/GL-Fraktion überhaupt nicht verstanden. Mit diesem beantragten Vorgehen werde der ganze politische Weg untergraben. Die SP/GL-Fraktion habe Vorbehalte, ob das Vorgehen formell korrekt sei und behalte sich vor - falls am heutigen Abend bereits über die Wiedererwägung abgestimmt werden sollte - allenfalls Beschwerde gegen das Vorgehen einzureichen.

In Verwendung eines Lieblingswortes der Bürgerlichen, rufe er namens der SP/GL-Fraktion dazu auf, kein "Präjudiz" zu schaffen, welches weitere Vorgehen zur Folge habe.



**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** Der eingebrachte Vorbehalt der SP/GL-Fraktion bedürfe einer Erklärung: Ein Stadtratsmitglied, das einen Verfahrensfehler vermute oder erkenne, sei dazu verpflichtet darauf hinzuweisen und seinen Vorbehalt zum Vorgehen zu Protokoll zu geben (Gemeindegesezt [GG] Art. 49a [Rügepflicht])<sup>1</sup>.

Der eingebrachte Vorbehalt der SP/GL-Fraktion zum Vorgehen sei damit im Protokoll entsprechend festgehalten.

**Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:** Auch die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Antrag der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion zur Erweiterung der Traktandenliste nicht und stelle sich entschlossen dagegen. Auch die EVP/glp-Fraktion finde das Vorgehen befremdend und fragwürdig.

Nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion soll eine Traktandenliste nur dann erweitert werden, wenn ein Geschäft wirklich dringend sei. Im vorliegenden Fall sei die Dringlichkeit keineswegs begründbar.

**Markus Gfeller, FDP/jll/BDP-Fraktion:** Ohne die ganze Argumentation von Stadtrat Patrick Freudiger nochmals aufzugreifen, gehe er nur auf die Voten der beiden Vorredner kurz ein: Die Erweiterung der Traktandenliste ziele überhaupt nicht darauf ab, die Schulsozialarbeit am heutigen Abend beerdigen zu wollen. Die Erweiterung habe zum Ziel, die Schulsozialarbeit noch einmal diskutieren zu können.

Im heutigen Traktandum Nr. 6 gehe es um eine Motion, mit welcher die am 18. Juni 2012 erheblich erklärte und damit überwiesene *"Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal"* in Wiedererwägung gezogen werden soll. Der Gemeinderat arbeite bereits an der Vorlage, die mit der Überweisung am 18. Juni 2012 ausgelöst worden sei.

Die heute als Traktandum Nr. 6 aufgeführte Motion habe an und für sich das Ziel, den Gemeinderat bzw. die involvierten Stellen nicht ein Jahr lang an einer Vorlage arbeiten zu lassen, die auf einer Ausgangslage zum Zeitpunkt der Erheblicherklärung (Juni 2012) basiere und damit nicht der heutigen Ausgangslage entspreche. Heute gehe es somit rein darum Kosten und Ressourcen einsparen zu können.

Wie Stadtrat Patrick Freudiger bereits erwähnt habe, hätten sich seit Juni 2012 tatsächlich sachliche Änderungen ergeben. Tatsache sei auch, dass die politischen Gewichte in Langenthal durch die letzten Wahlen verändert worden seien.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion wolle am heutigen Abend nicht materiell zur Schulsozialarbeit Stellung nehmen, sondern dem Gemeinderat bzw. dem Büro des Stadtrates die Möglichkeit geben, eine ordentliche Aktenauflage zu organisieren, um das Thema erneut fundiert und materiell an einer anderen Sitzung diskutieren zu können. Der materielle Entscheid soll ganz bewusst nicht heute gefällt werden, um wirklich allen - auch den neuen Stadtratsmitgliedern - genügend Gelegenheit zu geben, sich in die Thematik einlesen zu können.

Die heute als Nr. 6 traktandierte Motion werde voraussichtlich erheblich erklärt. Der in diesem Zusammenhang beantragten Erweiterung der Traktandenliste nicht zuzustimmen, hätte zur Konsequenz, dass dem Gemeinderat zum gleichen Thema zwei meinungsmässig unterschiedliche Vorstösse vorliegen würden, womit sich das weitere Vorgehen als schwierig erweisen würde.

Mit dem Entscheid zur Wiedererwägung wolle die FDP/jll/BDP-Fraktion dem Gemeinderat ein Richtungssignal für das mögliche weitere Vorgehen geben. Die bereits traktandierte Motion habe einzig zum Ziel, keine Kosten und Zeit für die Ausarbeitung einer Vorlage auflaufen zu lassen, die möglicherweise nicht gewollt werde. Aus diesem Grund sei es richtig und gegenüber den an der Vorlage Arbeitenden fair, das Signal früh zu setzen. In diesem Sinne mache er beliebt, der Erweiterung der Traktandenliste zuzustimmen; insbesondere auch deshalb, weil es sich dabei nur um einen formellen Aspekt und nicht um die materielle Beurteilung der Schulsozialarbeit handle.

<sup>1</sup> [http://www.sta.be.ch/belex/d/1/170\\_11.html](http://www.sta.be.ch/belex/d/1/170_11.html)



## b) Voten Einzelsprechende

**Nathalie Scheibli:** Das Bestreben der bürgerlichen Seite sei ein Stück weit verständlich. Die bürgerliche Seite müsse aber wissen, dass mit der beantragten Erweiterung der Traktandenliste sowie der Wiedererwägung in einem Zug, zwar die finanziellen und politischen Punkte klar seien, was aber bei der Befragung der Lehrpersonen herausgekommen sei oder was der Workshop mit weiteren involvierten Kreisen gebracht habe, dazu liegen noch keine Erkenntnisse vor. Genau diese Informationen würden ganz bestimmt - wenn das Geschäft den ordentlichen Weg nehmen würde - in die Beantwortung des Gemeinderates aufgenommen, womit auch eine materielle Diskussion über die Thematik geführt werden könnte. Ohne diese Erkenntnisse bzw. nur gestützt auf finanzielle und politische Überlegungen abzustimmen, bringe nichts. An der Vorlage sei seit der Abstimmung vor einem Jahr bereits gearbeitet worden und habe zu gewissen Erkenntnissen und Situationen geführt, die sich gegenüber damals bereits geändert haben. Es gelte der Vorlage die nötige Zeit zu lassen und die Informationen einfließen zu lassen, um eine materielle Diskussion darüber führen zu können.

**Pascal Dietrich:** Was Stadträtin Nathalie Scheibli ausgeführt habe, würde dann zutreffen, wenn heute Abend über alle drei Punkte zum Thema abgestimmt würde, was ja aber genau nicht vorgesehen sei. Er sei sich der Schwierigkeiten bewusst, den Überblick zu behalten. Aus diesem Grund weise er darauf hin, dass - unter der Voraussetzung, dass Mehrheiten vorliegen - drei Abstimmungen nötig seien:

- Abstimmung über die Erheblicherklärung der "Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit"
- Beschluss zur Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012
- Abstimmung über die Erheblicherklärung der "Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal"

Am heutigen Abend werde - wie bereits erwähnt - nicht die Abstimmung aller drei Punkte verlangt. Demgemäss werde heute auch keine materielle Diskussion über das Thema verlangt. Es sei deshalb kein Problem, dass die Auswertung und Ergebnisse der Lehrerbefragung noch nicht vorliegen. Das einzige was die FDP/jll/BDP-Fraktion und die SVP-Fraktion wolle, sei am heutigen Abend auch darüber abzustimmen, ob die ursprüngliche "*Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal*" in Wiedererwägung gezogen werden soll. Wie Stadtrat Patrick Freudiger ausgeführt habe, sei dies ein logischer Schritt und alles andere würde zu einer komischen Situation führen, die niemandem etwas bringe.

Die beiden Abstimmungen seien formeller Natur. Erst die dritte Abstimmung, die nicht heute verlangt werde, führe zu einer materiellen Diskussion, in welcher zu Recht ins Feld geführte Argumente debattiert werden können.

**Bernhard Marti:** Auch wenn das Endresultat absehbar sei, müsse der rechtlich korrekte Weg dahin gewählt werden. Eine unzulässige Abkürzung des Verfahrens lasse sich auch durch klare Mehrheitsverhältnisse nicht rechtfertigen. Dieses Vorgehen lasse auf eine gewisse Angst schliessen, aufgrund von zu vielen Absenzen, auf dem ordentlichen Weg zu scheitern. Eine Rechtfertigung, nicht bis zur ordentlichen Traktandierung der am 18. Juni 2012 überwiesenen Motion warten zu können, gebe es keine. Die Ungeduld der Motionäre, welche die Schulsozialarbeit möglichst schnell beerdigen wollen, rechtfertige keine ausserordentliche Traktandierung.

Was das Votum von Stadtrat Patrick Freudiger betreffe, wonach Formvorschriften nur einen Selbstzweck erfüllen sollen, stimme natürlich nicht. Die stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi habe den Sinn und Zweck von Formvorschriften ausgeführt. Der von der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion geplante massive Eingriff mittels einer ausserordentlichen Traktandierung, werde weder von ihm noch von den im Rat "links" sitzenden Ratsmitgliedern goutiert.



**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass der Gemeinderat auf eine Stellungnahme verzichtet.

Beim vorliegenden Antrag gehe es nicht darum, über die unmittelbare Einführung von Schulsozialarbeit abzustimmen. Es gehe darum zu entscheiden, ob im Fall der Erheblicherklärung der *Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit* (Traktandum Nr. 6 der heutigen Sitzung) in einem neuen Traktandum Nr. 7 über die Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 (*"Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal"*) abgestimmt werden soll.

Demgemäss gelte es darüber abzustimmen, ob mit einem neu eingefügten Traktandum Nr. 7 der Stadtratsbeschluss vom 18. Juni 2012 in Wiedererwägung gezogen werden soll oder nicht. Wichtig sei seines Erachtens auch, dass erst in einer nachfolgenden Stadtratssitzung - und voraussichtlich im Hinblick auf einen Antrag des Gemeinderates - inhaltlich über die Einführung der Schulsozialarbeit diskutiert werde.

Für den Fall, dass der Stadtrat die *"Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit"* als Motion mit Weisungscharakter qualifiziere und erheblich erkläre (heutiges Traktandum Nr. 6), beantrage die FDP/jll/BDP-Fraktion und die SVP-Fraktion, die Traktandenliste mit dem neuen Traktandum Nr. 7 zu erweitern. Inhaltlich bedeute das, dass der Stadtratsentscheid vom 18. Juni 2012 zur *"Überparteilichen Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal"* wiedererwogen werden soll.

- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion und damit der Erweiterung der Traktandenliste um ein neues Traktandum Nr. 7 mit 21 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zu.**

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** Falls die *Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit* (Traktandum Nr. 6) als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt werde, sei die Traktandenliste nun mit einer neuen Nr. 7 erweitert.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

**1. Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Gewährleistung der Ordnung und Verfügbarkeit der historischen Dokumente Langenthals (erheblich erklärt am 18. Juni 2012); Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Der durch die Erheblicherklärung des Postulats ausgelöste Prüfungsauftrag sei ausgeführt und mit dem in schriftlicher Form vorliegenden Prüfbericht vom 5. November 2012 erfüllt.

Der Gemeinderat habe sich bereits mit der Umsetzung auseinandergesetzt, indem Kontakt mit der Forschungsförderung Langenthal aufgenommen worden sei. Damit sei die Bearbeitung von Punkt 3 im Beschlussesentwurf (Prüfbericht vom 5. November 2013, Seite 10) bereits konkretisiert.

Herr Pfarrer Simon Kuert, welcher auch als Stadtchronist amtiere, werde Mitte Jahr pensioniert. Angedacht sei, den pensionierten Pfarrer Simon Kuert - im Rahmen eines an die Forschungsförderung vergebenen Mandates - damit zu beauftragen, Ordnung in die städtischen Archive zu bringen. Das Mandat sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht erteilt. Die Verhandlung dazu befinde sich aber auf gutem Weg.

Mit dem vorliegenden Prüfbericht erachte der Gemeinderat das Postulat als erfüllt und beantrage dessen Abschreibung.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

**III Abstimmung:**

**Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Gewährleistung der Ordnung und Verfügbarkeit der historischen Dokumente Langenthals (erheblich erklärt am 18. Juni 2012) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-





2. **Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv** (erheblich erklärt am 18. Mai 2009; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 9. Mai 2011); **Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Im vorangegangenen Traktandum sei es um die Erstellung einer Archivordnung gegangen, wogegen es beim vorliegenden Vorstoss darum gehe, Lokalitäten zu suchen, um ein künftiges Archiv unterbringen zu können.

Die Bearbeitungsfrist der am 18. Mai 2009 erheblich erklärten Motion sei mit Stadtratsbeschluss vom 9. Mai 2011 erstmals verlängert worden. Der Gemeinderat habe den Auftrag erteilt, abzuklären, welche räumlichen und baulichen Anforderungen an ein Stadtarchiv zu stellen wären.

Der Gemeinderat habe auch mögliche Standorte evaluiert, wobei das Mühle-Silo als möglicher Standort im Zentrum gestanden sei. Diese Schiene sei gefahren worden, weil sich im Mühle-Silo ein gewisser Handlungsbedarf abzeichne. Auch liessen sich bis anhin nicht benutzbare Silobehälter, die rund einen Drittel des Gebäudevolumens ausmachen, allenfalls als Archivräumlichkeiten nutzen.

Andere städtische Räumlichkeiten würden zur Zeit nicht zur Debatte stehen. Demgemäss müsste entweder die Erstellung neuer Räumlichkeiten oder als Alternative dazu, eine Unterbringung in privaten Räumlichkeiten geprüft werden.

Im Zuge der Investitionsplanung 2013-2017 habe der Gemeinderat Investitionsprioritäten festgelegt, weil aufgrund anderer wichtigen Investitionsvorhaben (Schulhaussanierungen, Stadttheatersanierung, Umgestaltung obere Marktgasse, ESP Bahnhof) zum Ausdruck gekommen sei, die Renovation des Mühlesilo zurückstellen zu müssen. Aus diesem Kontext heraus sei der bisherige Fahrplan nicht mehr einzuhalten. Der Gemeinderat sei sich in Anbetracht der Problemstellung der unbefriedigenden Situation bewusst.

Dem Gemeinderat sei zu Ohren gekommen, dass allenfalls angestrebt werde, regionale Archivierungslösungen zu prüfen. In diesem Zusammenhang stelle der Gemeinderat nach Ablauf der um zwei Jahre verlängerten Bearbeitungsfrist der Motion den Antrag, die Bearbeitung nochmals um zwei Jahre (bis 18. Mai 2015) zu verlängern.

Gemäss Art. 41 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Stadtrates seien Motionen 6 Jahre nach deren Erheblicherklärung abzuschreiben. Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass mit Ablauf der nun beantragten erneuten Verlängerung der Bearbeitungsfrist, die vorliegenden Motion abzuschreiben wäre. Der Gemeinderat beabsichtige in keiner Art und Weise das Thema damit absetzen zu wollen, sehe sich aber nichts desto Trotz mit dieser Situation konfrontiert, weil dem Anliegen der Motion - unter den gegebenen Voraussetzungen - nicht entsprochen werden könne.

Aus diesen Gründen beantrage der Gemeinderat, der nochmaligen Verlängerung der Bearbeitungsfrist zuzustimmen.

**Bernhard Marti, GPK-Präsident:** Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit der Geschichte des vorliegenden Antrages zur erneuten Verlängerung der Bearbeitungsfrist auseinandergesetzt. Wenn es dem Gemeinderat nicht möglich sei, innert der Frist von zwei Jahren (Art. 36 Abs. 5 Geschäftsordnung Stadtrat) Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, bestehe die Möglichkeit, die Frist gestützt auf Art. 36 Abs. 6 Geschäftsordnung des Stadtrates um zwei Jahre zu verlängern. Eine Verlängerung der Bearbeitungsfrist sei bereits im Mai 2011 gewährt worden. Mit vorliegendem Geschäft liege ein Antrag vor, um die Frist erneut zu verlängern. Die Gründe dazu seien vom Stadtpräsidenten erläutert worden.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Mit Ablauf der erneuten Verlängerung der Bearbeitungsfrist (Mai 2015) werde die Motion im Sinne von Art. 41 Abs. 4 Geschäftsordnung genau 6 Jahre alt sein und dementsprechend altershalber abgeschrieben werden. Dem Stadtrat stehe, bei einer allenfalls beabsichtigten Abschreibung im Rahmen der Verwaltungsberichterstattung die Möglichkeit offen, die Motion vor der Abschreibung zu retten. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit Blick auf diese Umstände Gedanken darüber gemacht, ob es allenfalls nötig wäre, die heute geltende Frist von 6 Jahren wieder auf 10 Jahre zu verlängern.

Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit des vorliegenden Geschäfts.

**Lukas Felber, FDP/jll/BDP-Fraktion:** Dass die FDP/jll/BDP-Fraktion an dieser erneuten Fristverlängerung keine grosse Freude habe, könne sich wohl jeder vorstellen. Der Entscheid, so lange am Standort Mühle-Silo festzuhalten, sei vom Gemeinderat gefällt worden. Die FDP/jll/BDP-Fraktion habe bereits anlässlich der ersten beantragten Fristverlängerung am 9. Mai 2011 gesagt, dass dieser Standort keinesfalls die einzige Variante sein müsse, zumal dies gemäss Motionstext auch nicht verlangt werde.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei froh, dass es schlussendlich zu keiner unbefristeten Fristverlängerung komme, wie dies offenbar von der Verwaltung ursprünglich beantragt worden sei und warte gespannt auf den weiteren Verlauf des Geschäfts.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Die Fristverlängerung um zwei Jahre (bis 18. Mai 2015) für die Bearbeitung der Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv (erheblich erklärt am 18. Mai 2009; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 9. Mai 2011) wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. September 2012: Kein Jekami auf Verkehrskreisel; Stellungnahme<sup>1</sup>

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Die Motion ziele darauf ab, bei der Gestaltung von Verkehrskreiseln künftig die Kulturkommission als beratendes Organ einsetzen zu müssen und in diesem Sinne das Kultur- und Bibliotheksreglement zu ergänzen.

Wie immer gebe der Gemeinderat eine Beurteilung ab, ob es sich bei der Motion um eine Motion mit Weisungs- oder Richtliniencharakter handle. Und wie immer - wenn es entweder um finanzielle Aspekte gehe, die ausserhalb der gemeinderätlichen Beschlusseskompetenz liegen, oder wenn es um Reglementsänderungen gehe, die in der Beschlusseskompetenz des Stadtrates liegen - handle es sich um eine Motion mit Weisungscharakter. Ohne sich Gedanken in Bezug auf die Kosten gemacht zu haben, habe der Gemeinderat einstimmig entschieden, die vorliegenden Motion - aufgrund der geforderten Reglementsanpassung - als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren.

Die bisher über Jahre hinweg angewendete Praxis - die aus der Zeit stamme, als die Idee in Langenthal Fuss gefasst habe, Kreisel zu bauen - beruhe auf der Haltung, dass Kreisel Bestandteile von Verkehrsanlagen seien und dass sie sich nicht als Orte eignen, um Kunst "im engeren Sinn" zu betreiben. Die Gestaltung von Verkehrskreiseln finde im Rahmen der Gesamtplanung von Verkehrsanlagen statt, welche auch allfälligen Kreiselschmuck beinhalte. Im Vordergrund stehe die Verkehrssicherheit. Einige Kreisel würden in Bezug auf den Gestaltungsfreiraum erheblichen Einschränkungen unterliegen (Beispiele: Migros, Kreuzung Thunstettenstrasse-Ringstrasse). Da diese Kreisel auf einer Versorgungsrouten liegen, müsse gewährleistet sein, dass sie von Schwertransportern passiert werden können, womit die gestalterischen Möglichkeiten eingeschränkt seien. Selbstverständlich seien die Verkehrskreiselanlagen mit ihren Gestaltungs-, Beleuchtungs-, Verkehrsführungs- und Bepflanzungselementen auch ein Teil der Visitenkarte Langenthals. Der Gemeinderat habe beim Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) einen Bericht eingeholt, der den Parlamentsmitgliedern vorliege und welcher die heutige Regelung bestätige.

Der Gemeinderat mache auch finanzielle Aspekte geltend, da Ideen und Gestaltungsvorschläge mit kulturellem Hintergrund erfahrungsgemäss nicht selten eine kostentreibende Wirkung haben.

Der Gemeinderat beantrage die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären. Auch für den Fall, dass die Motion in die Form eines Postulats gewandelt würde, halte der Gemeinderat am Antrag auf Nichterheblicherklärung fest.

**Urs Zurlinden:** Bei der vorliegenden Motion handle es sich um kein partei-ideologisches Geschäft. Es gehe nicht darum, einen linken oder rechten Standpunkt zu vertreten, sondern darum, Geschmack zu haben oder nicht. Wie die Stadt aussehe, welches Gesicht sie einem Besucher oder Passanten zeige aber auch welchen ständigen Eindruck sie hinterlasse, sei ihm nicht gleichgültig. Dass ein gut gestalteter öffentlicher Raum, der gewissen optischen Kriterien entspreche, etwas zum Wohlbefinden der Einwohner beitrage, dürfte seines Erachtens nachvollziehbar sein. Die diversen Verkehrskreisel gehören zum öffentlichen Raum, auf den gestalterisch Einfluss genommen werden könne.

<sup>1</sup> Am 19. November 2012 vom Gemeinderat beantragte und gleichentags von der Stadtratspräsidentin bewilligte aufgeschobene Behandlung der Motion.



Niemand werde wohl bestreiten, dass die einfache aber gut gestaltete SBB-Unterführung (Bützbergstrasse Ammann) mit ihrem eleganten Lichteffect einen sehr guten Eindruck bei den Verkehrsteilnehmenden hinterlasse. Mit einem sehr einfachen Gestaltungselement werde dort ein hervorragender Effekt erzielt, der eine ansonsten sehr düstere Strassenunterführung buchstäblich aufhelle und sogar fast etwas attraktiv mache. Den genau gleichen Effekt lasse sich erzielen, wenn ein Verkehrskreisel mit entsprechender Aufmerksamkeit und Sorgfalt gestaltet werde, was ein wertvoller Beitrag an den optischen Auftritt der Stadt und damit ein Teil der Visitenkarte sei. Lieblos und unprofessionell gestaltete Kreisel würden hingegen das Gegenteil bewirken. Das Erscheinungsbild Langenthals leide offensichtlich, wenn wie bisher ein Je-kami (Jeder kann mitmachen) auf diesen zentralen und optisch wichtigen öffentlichen Räumen stattfinde.

Aus den Unterlagen gehe hervor, dass der Gemeinderat seine ablehnende Haltung ausschliesslich auf den Mitbericht des Amtes für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) abstütze. Das A4-Papier sei von der Kulturbeauftragten geschrieben worden. Dass die Kulturbeauftragte gegen mehr Kultur in der Stadt Langenthal und gegen mehr Einfluss der Kulturkommission bei der Gestaltung des öffentlichen Raums (Verkehrskreiseln) sein soll, mute seltsam an. Die Stellungnahme sei ohne Rücksprache mit der Kulturkommission entstanden. Wäre die Kulturkommission dazu befragt worden, wäre die Stellungnahme vermutlich ganz anders ausgefallen. Als er dieses Thema am Rande einer Sitzung einmal eingebracht habe, sei die Reaktion etlicher Mitglieder der Kommission - mit Ausnahme jener der Kulturbeauftragten - jedenfalls positiv ausgefallen. Die Kulturbeauftragte habe schon damals Bedenken in Bezug auf die Verkehrssicherheit vorgeschoben, als ob sie in dieser Frage fachlich kompetent wäre. Nun bestehe die eigenartige Konstellation, dass ein Mitglied der Kulturkommission etwas mehr für die Kultur tun möchte und Gestaltungswille zeige, wogegen die Kulturbeauftragte der Stadt diesem Anliegen bzw. diesem Kommissionsmitglied ohne Rücksprache genommen zu haben, in den Rücken falle.

Die amtliche Stellungnahme lasse sich auch inhaltlich zerzausen. Die Stellungnahme sei inkonsequent, unlogisch und fachlich fragwürdig. Die Kulturbeauftragte bezweifle nicht, dass Kreisel augenfällige Bereiche des öffentlichen Raumes seien. Konsequenterweise müsste sie schon alleine mit dieser Feststellung zum Schluss kommen, dass für die Gestaltung dieser Verkehrskreisel die Kulturkommission zuständig sein sollte, da die Kulturkommission und nur die Kulturkommission gemäss Art. 8 und Art. 20 des Kultur- und Bibliotheksreglements der Stadt Langenthal vom 18. August 2008, in Kraft seit 1. Januar 2009 den Auftrag habe, den Gemeinderat bei der Gestaltung von öffentlichen Anlagen zu beraten. Es gebe in der Stadt Langenthal kein anderes Organ, das diese Aufgabe wahrzunehmen habe. Die Bau- und Planungskommission überprüfe mit dem Centimeter, ob die baurechtlichen Vorschriften eingehalten werden und die Kommission für öffentliche Sicherheit habe allenfalls verkehrstechnische und polizeiliche Fragen zu beantworten. Aber nur die Kulturkommission dürfe oder müsse sich auf die Fahne schreiben, für die Gestaltung von öffentlichem Raum zuständig zu sein; dies allerdings und wohlgerne nicht abschliessend, sondern nur beratend zu Händen des Gemeinderates. Um nicht trotzdem zusätzliche Aufgaben gemäss dem Pflichtenheft im Reglement übernehmen zu müssen, probiere die Kulturbeauftragte mit einem sehr eigenartigen Kunstverständnis einen Umweg zu nehmen.

Gemäss der Kulturbeauftragten wolle Kunst betrachtet werden und suche Aufmerksamkeit. Weiter müsse ein Austausch zwischen Betrachter und Kunstwerk stattfinden. Aus diesem Grund sei ein Kreisel geradezu ein "Unort" für Kunst. Dieses Kunstverständnis sei seiner Ansicht nach völlig veraltet, antiquiert und entspringe einer museal verstaubten Vorstellung, dass Kunst erst in einer mindestens zweistündigen Begegnung irgendwo in einem Museum oder in einer Galerie als Kunst wahrgenommen werden könne. Dieses Verständnis stamme wohl aus dem Mittelalter oder der Barockzeit, als die Kunst als Privileg der Aristokraten und Fürstenhäuser gewesen sei. Spätestens mit dem Aufkommen der modernen Kunst im letzten Jahrhundert habe die Kunst aber sehr wohl den Anspruch, nicht mehr nur in stiller Besinnlichkeit und mit verzückter Hingabe in Privatgemächern, in Museum oder Kirchen, auf die Betrachter zu wirken. Heutige Kunst - speziell Kunst im öffentlichen Raum - könne und wolle nicht an einen klar definierten Ort gebunden sein. Kunst wolle dort stattfinden, wo die Öffentlichkeit (Menschen) seien, was die Ausstellung L'Art im letzten Sommer doch eindrücklich vor Augen geführt habe.



In der Stellungnahme des ABiKuS sei auch von Künstlern die Rede, die sich anscheinend weigern würden, ihre Kunst auf Verkehrskreiseln zu platzieren. Diese Haltung lasse ihn vermuten, dass es sich dabei eher um ziemlich hochnäsige und elitäre Kunstgroupies, als um Kunstschaffende handle, die sich mit den besonderen Gegebenheiten von öffentlichen Räumen und von Verkehrskreiseln auseinandersetzen wollen. Wer den Suchbegriff "Kreiselkunst" google werde staunen, da sich selbst weltberühmte Künstler wie der amerikanische Künstler Richard Serra (einer der bedeutendsten Vertreter zeitgenössischer Kunst) überhaupt nicht zu schade seien, ihre eindrücklichen Werke auf einen Verkehrskreisel zu stellen. Auch Schang Hutter habe überhaupt kein Problem damit, dass eines seiner Werke auf dem Kreisel Aarwangenstrasse (Reitplatz) stehe. Schang Hutter habe sich sogar über diese Platzierung und die damit stattfindende Auseinandersetzung zwischen der Bevölkerung und seinem Werk gefreut. Der Hutter-Kreisel sei übrigens nicht einfach in "Eigen-Regie" erstellt, sondern von der damaligen Kunstkommission beurteilt und begrüsst worden.

Verkehrskreisel als "Unort" für Kunst zu beschreiben, sei im Übrigen nicht auf die Eingebung der Kulturbeauftragten Langenthals zurückzuführen. Die Beschreibung sei aus einem Artikel des "Beobachters" entnommen worden, welcher sich jedoch hauptsächlich mit der Problematik der Verkehrssicherheit von Verkehrskreiseln mit Kreiselschmuck befasse. Wie bereits erwähnt, sei für die Beurteilung dieses Aspekts aber ganz bestimmt nicht das ABiKuS zuständig. Ausserdem sei es eine Selbstverständlichkeit, dass die Verkehrssicherheit unter keinen Umständen durch die Gestaltung eines Verkehrskreisels beeinträchtigt werden dürfe, was ihm sonnenklar sei und was auch aus dem vorliegenden Motionstext hervorgehe und auch keiner weiteren Diskussion bedürfe. Sein Anliegen bestehe darin, dass die Kulturkommission den Gemeinderat bei der Gestaltung von Verkehrskreiseln beraten können soll. Mehr verlange er gar nicht.

Der Kauf des Brunnens auf dem Lindenhof-Kreisel habe den Ausschlag gegeben, die vorliegende Motion einzureichen. Der Gemeinderat habe mit diesem Kauf dem früheren Besitzer einen finanziellen Dienst erwiesen und der Stadt damit ein Objekt beschert, das im Volksmund treffend als "Gynäkologenstuhl" verspottet werde. Auch andere von privater Seite auf die Kreisel montierten Objekte, wie der Turm von Wasserhähnen beim Migros, welcher als "Sanitärschrott" bezeichnet werde, seien wahrlich keine grossen gestalterischen Würfe. Zudem würden diese Objekte die beklemmende Erkenntnis bestätigen, dass jeder der wolle, etwas auf Langenthaler Kreisel hinstellen könne, was ein "Jekami" mit entsprechend negativer Auswirkung auf das Erscheinungsbild Langenthals zur Folge habe. Diese billig wirkenden Beispiele würden in keiner Art und Weise zur Bereicherung des Stadtbildes beitragen. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes dürfe doch nicht der Beliebigkeit überlassen werden, sondern gehöre in die Verantwortung jener, die etwas davon verstehen sollten und damit in die Verantwortung der Kulturkommission.

Er verstehe die Argumentation der Kulturbeauftragten bzw. des ABiKuS sowie des Gemeinderates überhaupt nicht. Offenbar herrsche eine gewisse Ratlosigkeit, wie die Kulturkommission an diese neue Aufgabe herangehen soll.

Dass auf jedem Verkehrskreisel ein Monument von Richard Serra stehen soll, sei natürlich völlig aus der Luft gegriffen. Er könne sich sehr wohl vorstellen, dass die Kulturkommission auf dem einen oder anderen Kreisel eine gartenbauliche Lösung vorschlage. Gute Beispiele dieser Art gebe es in Langenthal bereits heute. Die beiden Kreisel auf der Ringstrasse (der Kreisel mit Baum und der Kreisel mit der ziemlich teuren Bepflanzung) würden tatsächlich gestalterische Kriterien erfüllen, hinter der eine Kulturkommission stehen könnte. Denkbar sei aber auch, dass die Kulturkommission einen kleinen Künstlerwettbewerb aus-schreibe, um zu schauen, welche Ideen gute Künstler haben, um einen Kreisel zu gestalten. Dass dieses Vorgehen etwas kosten könne, sei ihm bewusst, da weder Kunst noch eine schöne Gestaltung der Stadt gratis sei. Die Wahl des Vorgehens, wäre der Kulturkommission zu überlassen.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Diverse Kreisel (onyx-Kreisel, Motorex-Kreisel) seien von Firmen finanziert worden, was selbstverständlich auch in Zukunft möglich sein soll. Künftig sollen aber nicht mehr die Lehrlinge der Firma Motorex, sondern das für die Stadt Langenthal dafür zuständige Gremium entscheiden können, wie ein Kreisel auszusehen habe. Sponsoring von Firmen soll selbstverständlich nach wie vor möglich sein, indem dezent und unscheinbar - wie Kultursponsoring heute stattfindet - mittels einem kleinen Schildchen am Objekt selber auf den Sponsor hingewiesen werde.

Er bitte aufrichtig darum, die vorliegende Motion zu überweisen, bei der es sich um kein parteipolitisch abgrenzendes Anliegen handle. Der Stadt Langenthal, die sich auch Design-Stadt nenne, stehe es gut an, mit dem bisherigen "Jekami" in der Gestaltung des öffentlichen Raums aufzuhören und diese Aufgabe der Kulturkommission zu überlassen. Er sei davon überzeugt, dass die Kulturkommission dem Gemeinderat erfreuliche Lösungen vorschlage.

**Therese Grädel-Fankhauser, SP/GL-Fraktion:** Persönlich sei sie immer wieder von der Wortwahl und der wortreichen Ausdrucksweise von Stadtrat Urs Zurlinden beeindruckt. Sie wünsche sich manchmal, in diesem Bereich auch mehr geschult worden zu sein - aber in ihrem Job sei vor allem zuhören und die Fähigkeit sich kurz zu fassen gefragt.

Die SP/GL-Fraktion habe sich mit dem Thema auseinandergesetzt und sei zum Schluss gelangt, der Meinung des Gemeinderates zu folgen und die Motion abzulehnen. Auch die SP/GL-Fraktion sei der Meinung, dass ein Kreisel ein Kreisel sei und hauptsächlich der Verkehrssicherheit diene und nicht mit entsprechender Kreiselkunst zu verzücken brauche.

Stadtpräsident Thomas Rufener habe in Zusammenhang mit Kunst und Kultur treffender Weise einmal gesagt, dass was dem Einen zuviel davon - dem Anderem zu wenig davon sei. Ob die Qualität der Kreisel in Langenthal nun als ästhetisch gering zu bezeichnen seien oder nicht, hänge somit vom Empfinden des Einen oder des Anderen ab.

**Markus Bösiger, FDP/jll/BDP-Fraktion:** Die FDP/jll/BDP-Fraktion teile die Meinung des Gemeinderates nicht. Ob die Gestaltung der zahlreichen Langenthaler Kreisel als Kunst bezeichnet werden soll oder nicht, sei völlig unerheblich. Tatsache sei, dass die Kreisel den öffentlichen Raum Langenthals massgeblich mitgestalten. Ebenso wichtige Elemente eines städtischen Erscheinungsbildes seien Informationssäulen (Litfasssäulen), öffentliche Veloständer, Bus-Haltestellen-Häuschen etc. Dass die Gestaltung dieser Räume nicht dem Zufall oder eben der Spendierfreudigkeit einzelner Langenthalerinnen und Langenthalern überlassen werden sollte, sei nach Ansicht der FDP/jll/BDP-Fraktion zwingend, weil sie eben die kulturelle Wahrnehmung eines Ortes beeinflussen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei erstaunt und enttäuscht, dass sich der Gemeinderat in dieser Frage als beratungsresistent erweise. Der Exekutive würde es gut anstehen, sich von ihrer eigenen, in kulturellen Fragen zuständigen Kommission, beraten zu lassen.

Bei besagten öffentlichen Räumen handle es sich nicht um "Unorte", sondern um wichtige Orientierungshilfen. Interessanterweise seien die jüngsten Kreisel (Ringstrasse) relativ "unaufgeregt" in einer Art Gartengestaltung gebaut worden, was selbstverständlich auch einer Haltung entspreche und nicht zuletzt nicht einmal die schlechteste Haltung sei.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion verstehe nicht, dass sich der Gemeinderat dagegen wehre, etwas Ordnung im Kreiseldurcheinander zuzulassen, indem er nebst der Bau- und Planungskommission - die nur mit Massstab und Metermass arbeite - und der Kommission für öffentliche Sicherheit nicht auch die Kulturkommission zu Rate ziehen wolle. In diesem Sinne beantrage die FDP/jll/BDP-Fraktion einstimmig, die vorliegende Motion erheblich zu erklären.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

**Rahel Lanz, EVP/glp-Fraktion:** Wer die Stellungnahme des ABiKuS aufmerksam lese, stelle fest, dass die Nichterheblicherklärung der Motion nachvollziehbar begründet sei. Wie in der Stellungnahme geschrieben, sei natürlich auch die EVP/glp-Fraktion der Meinung, dass die Kulturkommission keine Ästhetikkommission sei, womit sich die Kulturkommission auch nicht um die Ästhetik der Kreisel kümmern müsse. Die EVP/glp-Fraktion sei auch der Meinung, dass die Vielfältigkeit der Kreiselanlagen nicht störend sei. Im Gegenteil würde es sogar als schade empfunden, wenn die Kreisel ihre Individualität verlieren würden.

Die EVP/glp-Fraktion erachte es als nicht sinnvoll, die Kulturkommission als beratendes Organ bei der Gestaltung von Verkehrskreisel einzusetzen und folge deshalb dem Antrag des Gemeinderates, die Motion nicht erheblich zu erklären, einstimmig.

**Albert Schaller, SVP-Fraktion:** Die pointierten Äusserungen von Stadtrat Urs Zurlinden seien in der SVP-Fraktion nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Die SVP-Fraktion schliesse sich einstimmig der Meinung des Gemeinderates an und lehne die Motion ab.

Persönlich rege er Stadtrat Urs Zurlinden an, bei Schang Hutter vorstellig zu werden, um diesen allenfalls dazu zu bewegen, der Stadt Langenthal einen Kreiselschmuck zu schenken, falls ein wirklicher Bedarf danach bestehen sollte.

**Samuel Köhli:** Was auf den Kreiseln stehe, finde er persönlich sehr praktisch, da er damit einem durch Langenthal Fahrenden auf einfache Weise den Weg beschreiben könne (Beispiel den Weg zur Migros: Vom Motorex-Kreisel zum Ammann-Kreisel mit der Walze, via den Gynäkologenstuhl weiter zum Sanitärschrott und schon ist das Ziel erreicht).

**Pascal Dietrich:** Stadtrat Urs Zurlinden wolle mit seinem Vorstoss nichts Weltbewegendes aber etwas Sinnvolles erreichen. Die Kreiselsituation in Langenthal sei nicht schlimm oder tragisch, aber auch nicht besonders glücklich. Mit der Erheblicherklärung der Motion liesse sich auf einfache Art und Weise eine leichte Korrektur vornehmen, indem der Gemeinderat - der bestimmt Wichtigeres zu tun habe, als sich um die Gestaltung von Verkehrskreiseln zu kümmern - die Kulturkommission tätig werden lassen würde. Er sehe nicht ein, wieso diesem Anliegen nicht nachgekommen werden soll und bitte darum, sich den Entscheid dagegen noch einmal zu überlegen. Seiner Meinung nach sei der von der Verwaltung und vom Gemeinderat verfasste Antrag überhaupt nicht stichhaltig. Der Antrag enthalte eine vorgefasste Meinung, die mit Bezug auf die angetönte Verkehrssicherheit nicht einmal besonders gut begründet sei. Punkto Verkehrssicherheit gebe es ganz klare Vorschriften, um die sich das Amt für öffentliche Sicherheit kümmere, so dass sich damit weder die Kulturbeauftragte noch andere Gremien befassen müssen. Demgemäss könnte die Kulturkommission in einem früheren Stadium ihre Arbeit sehr wohl wahrnehmen, was der Stadt Langenthal nicht schlecht anstehen würde.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Es gehe darum, über die Erheblicherklärung oder Nichterheblicherklärung der vorliegenden Motion zu befinden. Grundsätzlich habe der Gemeinderat möglichst knapp Stellung zu einer Motion zu beziehen, ohne diese damit schon mehr oder weniger zu erfüllen. Dasselbe gelte auch bei Postulaten. Demgemäss gelte es nun einfach über die Erheblicherklärung oder Nichterheblicherklärung abzustimmen und sich nicht total emotional über das Thema zu enervieren. Im Übrigen seien die meisten Kreisel in der Stadt Langenthal bereits gebaut.

Die Motion liege wegen einer bestehenden Kreiselanlage vor. Dem Gemeinderat werde in diesem Zusammenhang vorgehalten, etwas geregelt zu haben, ohne über entsprechende Regeln zu verfügen. Die Alternative hätte darin bestanden, das auf dem Kreisel bereits befindliche Kunstwerk - ob man dieses nun so bezeichnen wolle oder nicht - zurückzugeben und eine neue Gestaltung mit den entsprechenden Folgen in Angriff zu nehmen. Im Weiteren gebe in Langenthal diverse Kreiselanlagen, die unter starker finanzieller Mitwirkung von Privaten gestaltet worden seien. Persönlich wundere es ihn, zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass eine private Mitwirkung offensichtlich unverwünscht sei und, dass die Kulturkommission einzu beziehen sei. Nebst der Tatsache, dass durch privates Mitwirken in der Vergangenheit wesentliche finanzielle Mittel eingespart worden seien, sei die Mitsprache auch ein Recht der Mithelfenden.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Der Gemeinderat sei in Bezug auf die Gestaltung von Kreiseln auch schon abgeblitzt. Im Wissen, dass die Migros sehr kulturbeflissen sei, habe der Gemeinderat beispielsweise beim Migros-Kreisel ein Kulturprozent ins Auge gefasst. Aus Kostengründen sei aber ein Rückzieher gemacht worden, weil die Migros zu hohe Kosten befürchtete und die Lösung der Stadt überlassen habe.

Abschliessend halte er fest, dass die Bau- und Planungskommission keineswegs eine Kommission sei, die nur mit Centimeter arbeite und nur Baureglements anwende - wie dies erstaunlicherweise von einem BPK-Mitglied angemerkt worden sei. Wie der Name Bau- und Planungskommission schon sage, habe diese auch planerische Aufgaben. Die Bau- und Planungskommission berate Verkehrskreiselgeschäfte, die dem Gemeinderat - ohne von der Kulturkommission beraten zu werden - zum Entscheid vorgelegt werden, weil auch diese Geschäfte entsprechende Beschlüsse brauchen. Obwohl die Meinungen zu diesem Thema unterschiedlich seien, bestehe kaum Gefahr ins Mittelalter zu verfallen, zumal es diverse heute im Parlament geäusserte Meinungen zur Kenntnis zu nehmen gelte.

Im Namen des Gemeinderates schlage er vor, an der bisherigen Praxis festzuhalten, um nicht tatsächlich Gefahr zu laufen, nachträglich alle bereits bestehenden Kreiselanlagen nochmals einer Überprüfung zu unterziehen und allenfalls neu gestalten zu müssen. Sollte dies der Fall sein, freue er sich bereits heute auf die Budgetdebatte im Herbst.

**Urs Zurlinden:** Einmal mehr müsse er heute Abend feststellen, manchmal gegen Wände zu reden, weshalb er auf lange Ausführungen verzichte. Die Argumente einzelner Fraktionen, wie beispielsweise das der SP/GL-Fraktion, dass ein Kreisel ein Kreisel sei, erachte er mit Verlaub gesagt, als speziell, wenn auch genau so richtig, wie die Tatsache, dass das Meer blau, manchmal auch grün oder etwas anders gefärbt sein könne - woran er nichts ändern könne. Die EVP/glp argumentiere, dass die Kulturkommission keine Ästhetikkommission sei, was von der Kulturkommission auch nie behauptet worden sei. Die Kulturkommission habe beratende Funktion in gestalterischen Übungen für die öffentlichen Räume. Die SVP habe inhaltlich - soweit er es mitbekommen habe - kein einziges Argument vorgebracht, ihn jedoch aufgefordert, doch Schang Hutter nach einem Geschenk zu fragen. Zuletzt werde vom Stadtpräsidenten - der anscheinend nicht richtig zugehört habe - auch noch gesagt, dass Privatsponsoring offenbar nicht erwünscht sein soll, was selbstverständlich *expressis verbis* nach wie vor erwünscht sei. In moderner Anwendung des neuen Begriffs Kultursponsoring, heisse das aber nicht, dass ein privater Sponsor bestimmen könne, wie ein Kreisel aussehen soll.

Bisher seien die Kreisel unter anderem aus einem Spezialkässeli - namentlich aus dem Spezialkässeli, das von der Gemeinde zur Mehrwertabschöpfung eröffnet worden sei - finanziert worden. Vom Mehrwert von Land sei freiwillig etwas in dieses Kässeli gegeben worden, woraus bis anhin die Kreisel finanziert worden seien.

Er bitte die Stadträtinnen und Stadträte über ihren eigenen Schatten zu springen, um zur Gestaltung der Stadt beizutragen, ohne dass es dabei um ein Links-Rechts-Schema gehe. In Anbetracht der Kreiselgestaltung Langenthals finde er einfach, dass die Kulturkommission den Gemeinderat in diesen Fragen beraten sollte.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Mit der Aussage von Stadtrat Urs Zurlinden, dass ein Spezialkässeli mit Geld aus Mehrwertabschöpfungen vorhanden sein soll, werde ein neues Moment eingebracht. Anders als Stadtrat Urs Zurlinden habe er keine Kenntnis von einem Kässeli, mit dem Kreiselschmuck aus Mehrwertabschöpfungen bezahlt werden könne. Im Zusammenhang mit Überbauungsordnungen seien objektbezogene Infrastrukturleistungen vereinbart worden. Ein Kässeli, woraus irgendwie Geld entnommen werden könne, existiere aber nicht. Am heutigen Abend werde bedauerlicherweise mit Argumenten gefochten, die nicht stimmen.

Als Stadtpräsident verwehre er sich zudem vehement dagegen, dass Mitarbeitende der Stadtverwaltung bezichtigt werden, ihre Arbeit falsch zu machen. Äusserungen dieser Art lasse auf eine zunehmende Null-Toleranz-Gesellschaft schliessen.





# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Er fordere das Parlament auf, über den eigentlichen Gegenstand des vorliegenden Geschäftes - namentlich die Erheblich- oder Nichterheblicherklärung der vorliegenden Motion - zu beschliessen, damit der Gemeinderat wisse, wie weiter vorgegangen werden soll.

### III Abstimmung:

#### I. Der Stadtrat beschliesst mit 40 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

**Die Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. September 2012:** Kein Jekami auf Verkehrskreiseln **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

#### II. Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltungen):

**1. Die Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. September 2012:** Kein Jekami auf Verkehrskreiseln **wird nicht erheblich erklärt.**

**2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 4. Motion Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Einführung des Pensionsalters 65 für das Personal der Stadtverwaltung Langenthal; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Weil mit dem motionierten Vorhaben Reglementsänderungen verbunden seien, werde vom Gemeinderat einstimmig beantragt, den vorliegenden Vorstoss als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren.

Die Thematik beinhalte eine Aussensicht und eine Innensicht. Die Aussensicht betreffe beispielsweise die gegenüber früher höhere Lebenserwartung der Bevölkerung, die Verfassung der staatlichen Sozialwerke oder auch die Verfassung einzelner Pensionskassen. Die Aussensicht werde gelegentlich wahrgenommen und führe tendenziell zur Erwartung, die Rentenalter zu erhöhen.

Für die Beurteilung des Gemeinderates sei vor allem die Innensicht massgebend. Der Gemeinderat sei der klaren Auffassung, dass das Pensionsalter einer von vielen Bestandteilen sei, die das Anstellungsverhältnis zwischen der Stadt und den städtischen Mitarbeitenden ausmachen. Der Gemeinderat stelle im Weiteren fest, dass aus der Optik und dem Zustand der städtischen Pensionskasse eine Anhebung des Pensionsalters keine Massnahme darstelle und nicht erforderlich sei, zumal das eine Sanierungsmassnahme wäre, die von der Pensionskasse hätte beantragt werden müssen.

Aufgrund übergeordneten gesetzlichen Bestimmungen laufe ausserdem in Bezug auf die Pensionskassenthematik momentan ein Ausgliederungsprojekt. Gemäss den Bestimmungen sei der Verbleib der Pensionskasse in ihrer Form und innerhalb der städtischen Organisation, wie dies heute der Fall sei, nicht mehr zulässig. Der Gemeinderat habe den Auftrag erteilt, die Pensionskasse in eine Stiftung auszugliedern. In diesem Zusammenhang erwähnenswert sei, dass die Idee des Motionärs kaum innerhalb der gewünschten zeitlichen Dimension zielführend umsetzbar wäre, weil damit die Auswirkungen auf das System der Pensionskasse als solches erheblich wären.

Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass ein einheitliches Pensionsalter für das Personal der Stadtverwaltung grundsätzlich und überhaupt zu hinterfragen sei. Heute sei in Art. 58 Abs. 1 Personalreglement festgehalten, dass Mitarbeitende der Stadtverwaltung beim Gemeinderat Antrag stellen können, das Anstellungsverhältnis über das normale Pensionsalter von 63 Jahren hinaus bis ins Alter von 65 Jahren fortführen zu können. Ein derartiger Antrag könnte vom Gemeinderat im Übrigen nicht abgelehnt werden, weil die Stadt damit sämtliche damit verbundenen finanziellen Konsequenzen übernehmen müsste. Von diesem Antragsrecht werde heute rege Gebrauch gemacht, da eine Diskrepanz zwischen dem Pensionsalter 63 der Stadt und dem Pensionsalter 65 der staatlichen Vorsorgewerke bestehe, was zu fehlenden Leistungsjahren bei den staatlichen Vorsorgewerken und damit bei der AHV führe.

Der Gemeinderat lehne die Motion in der vorliegenden absoluten Form einstimmig ab. Der Gemeinderat sei der Meinung, dass eher eine Flexibilisierung des Rentenalters sinnvoll und prüfenswert wäre. Dies aufgrund des Aspekts, dass der Mitarbeiter-Pool der Stadtverwaltung aus Mitarbeitenden bestehe, die in verschiedenen Bereichen tätig seien (administratives Personal, Werkhofpersonal) und auch im Hinblick auf die geltenden Regelungen im Baugewerbe.

Für den Fall, dass der Motionär die Motion in die Form des Postulats wandle, laute der Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung des Postulats, da der Gemeinderat einem damit verbundenen Prüfungsauftrag einstimmig zustimme.

**Beat Sterchi, SVP-Fraktion:** Im heutigen Personalreglement sei der Altersrücktritt für weibliche und männliche Angestellte auf die Vollendung des 63. Altersjahrs festgelegt. Sein Anliegen bestehe darin, den Altersrücktritt neu auf 65 Jahre zu erhöhen.



Die Motivation das Pensionsalter erhöhen zu wollen, sei nicht finanzieller Natur, zumal er Mühe hätte, einen Nachweis zu erbringen, dass die Gemeinde oder die Pensionskasse einen Vorteil dadurch habe. Der Grund für die Erhöhung liege zum einen in der höheren Lebenserwartung und zum anderen im seit dem Erlass des Personalreglements im Jahr 1997 veränderten Umfeld.

Vor 10 Jahren habe man in privaten Betrieben fast keine Angestellte mehr gefunden, die älter als 62 oder 63 Jahre alt gewesen seien. Verbunden mit der günstigen Entwicklung der Pensionskassen in den 90-er Jahren sei das Pensionierungsalter gesenkt worden, indem aktiv und mit attraktiven Pensionierungsmodellen versucht worden sei, das Personal zum vorzeitigen Altersrücktritt zu bewegen. Bei Restrukturierungen sei nicht in erster Linie auf das Know how von Mitarbeitenden geachtet worden, sondern auf deren Jahrgang. In den Sozialplänen sei das Entsprechende geregelt worden. In verschiedenen Firmen (Swisscom, UBS etc.) habe es vor 10 Jahren Mitarbeitende in Dienstleistungsbetrieben gegeben, die mit 56 Jahren pensioniert worden seien. Im Übrigen kenne auch der Kanton Bern eine solche Regelung, wonach ein Mitarbeitender mit 56 Jahren vorzeitig pensioniert werden könne, wenn dessen Stelle aufgehoben werde ohne ihn an eine adäquate andere Stelle versetzen zu können. Diese Regelung sei seiner Meinung nach falsch.

In der Wirtschaft sei heute eindeutig eine Trendumkehr festzustellen. In Betrieben werde das Pensionierungsalter wieder erhöht und dem Eintritt in das AHV-Alter angeglichen (Frauen: 64 und Männer 65). Bundesrat Alain Berset habe einen Vorschlag in die Vernehmlassung gegeben, wonach das AHV-Alter der Frauen auch auf 65 Jahre erhöht werden soll.

Ihm gehe es vor allem darum, die knappen Personalressourcen sowie die Erfahrungen von älteren Mitarbeitenden besser auszunützen. Diese Aussage hätte er vor 10 Jahren wohl nicht gemacht. Durch die Tatsache, sich der Altersgrenze stetig selber zu nähern, sehe die Situation aber etwas anders aus.

Er sei der Auffassung, dass - unabhängig der Pensionskassenlösung im Personalreglement - das Pensionsalter auf 65 Jahre festgelegt werden sollte. In Art. 14 des kantonalen Personalgesetzes sei der Altersrücktritt für kantonale Angestellte einheitlich auf das 65. Altersjahr festgesetzt. Allerdings seien die beiden Pensionskassen des Kantons so ausgestaltet, dass die Altersrente ab dem 63. Altersjahr (bei gewissen Berufskategorien ab dem 60. Altersjahr) ausbezahlt werden könne. Aus finanziellen Gründen soll dies nun geändert und die Rentenberechtigung für beide Geschlechter auf das 65. Altersjahr erhöht werden. Die städtische Pensionskasse weise einen relativ guten Deckungsgrad auf, womit es zwar keine finanziellen aber demografische und personelle Gründe gebe, das Pensionsalter zu erhöhen.

Der Gemeinderat sei bereit, das Anliegen im Rahmen der anstehenden Revision der Pensionskassenstatuten und der Revision des Personalreglements - unter Einbezug der Flexibilisierungsthematik - zu prüfen, wenn er seine Motion in ein Postulat wandle. Da er mit diesem Vorgehensvorschlag leben könne und die bevorstehende Vorlage zur Verselbstständigung der Pensionskasse in eine Stiftung keinesfalls belasten möchte, **erkläre er sich bereit, die Motion in ein Postulat zu wandeln** und den Gemeinderat zur Prüfung des Anliegens einzuladen.

**Ruth Trachsel, EVP/glp-Fraktion:** Die Motion betrachte das Pensionierungssystem allein aus der Perspektive, nur das Pensionsalter von 63 auf 65 Jahr zu erhöhen. Einerseits bestehe keine finanzielle Notwendigkeit, das Pensionsalter zu ändern, wie dies auf kantonaler Ebene der Fall sei. Andererseits sehe die Motion keine Modelle für ein flexibles Rentenalter vor.

Ausgelöst durch geänderte bundesrechtliche Vorgaben sei ein Projekt mit dem Ziel gestartet worden, die Pensionskasse der Stadt zu verselbstständigen und in eine Stiftung auszugliedern.

Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, dass mit der vorliegenden Motion das Thema zu isoliert, zu einseitig und zu früh zur Diskussion stehe und lehne die Erheblicherklärung der Motion mehrheitlich ab. Die Erheblicherklärung des Vorstosses in Form des Postulats werde von der EVP/glp-Fraktion jedoch einstimmig unterstützt.



**Rudolf Lanz, FDP/jll/BDP-Fraktion:** Die FDP/jll/BDP-Fraktion unterstütze die in die Form des Postulats gewandelte Motion einstimmig.

**Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion verschliesse sich der Diskussion nicht, wie die zweite Säule der städtischen Pensionskasse nachhaltig gestärkt werden könnte. Zuerst erlaube sich die SP/GL-Fraktion aber die Feststellung, dass die Pensionskasse Langenthal mit einem Deckungsgrad von gegen 100% hervorragend aufgestellt sei und dies trotz der vielen kritischen Rufe, die vor allem von bürgerlichen Parlamentariern in den letzten Jahren eingeworfen worden seien. Stadtrat Markus Gfeller habe sogar einmal eine Kerze angezündet, ohne dass darauf hin etwas geschehen wäre und trotzdem habe sich die Pensionskasse wunderbar und prächtig entwickelt.

Dass Stadtrat Beat Sterchi mit der Motion die städtische Pensionskasse mit Pensionskassen vergleiche, die einen Deckungsgrad unter 100% ausweisen, sei etwas verwegen. Die städtische Pensionskasse sowie die von ihr erbrachten Leistungen sollten auf keinen Fall schlecht geredet werden, da darin ein Standortvorteil der Stadt Langenthal gesehen werden könne.

Dass mit der verlangten Vorlage nur eine einzige Massnahme geprüft würde, namentlich das Rücktrittsalter von 63 auf 65 Jahre zu erhöhen, greife der SP/GL-Fraktion definitiv zu kurz.

Wie eingangs erwähnt, werde sich die SP/GL-Fraktion der Diskussion nicht verschliessen, wie die zweite Säule der Pensionskasse nachhaltig stabilisiert werden könne. Die SP/GL-Fraktion sei jedoch der Meinung, dass eine Diskussion innerhalb einer Gesamtbetrachtung geführt werden müsse und schliesse sich damit der Meinung des Gemeinderates an.

Ohne genügend Zeit für vertiefere Abklärungen gehabt zu haben, erscheine es der SP/GL-Fraktion wichtig auf folgende Aspekte hinzuweisen:

- Die SP/GL-Fraktion möchte, dass die Flexibilisierung der Rücktrittsalter überprüft werde.
- Die SP/GL-Fraktion frage sich auch, ob der Sparprozess nicht früher einsetzen sollte (vielleicht mit 23 Jahren), weil im Werkhof beispielsweise die jungen Leute recht gut verdienen würden.
- Das Pensionierungsalter von Frauen liege heute bei 64 Jahren. Eine Weiterbeschäftigung bei der Stadt Langenthal sei nur in ausserordentlichen Fällen vorgesehen, wodurch eine Lücke entstehe.

Auf Bundesebene laufe eine Übergangsfrist zur Verselbstständigung der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen am 1. Januar 2014 ab. Ab diesem Datum könne das Gemeindeparlament eigentlich nur noch beschränkt Bestimmungen erlassen. Unter dieser Voraussicht erscheine der SP/GL-Fraktion die vorliegende Motion sowieso nur noch als Makulatur. Demgemäss lehne die SP/GL-Fraktion den Vorstoss sowohl in der Form der Motion, als auch in der Form des Postulats einstimmig ab.

**Pascal Dietrich:** Stadtrat Beat Sterchi habe seine Motion in ein Postulat gewandelt, was ihn persönlich freue, da er den Vorstoss in Form des Postulats nun auch unterstützen könne. Weil er die Angelegenheit als wichtig erachte, halte er es für angebracht, seine Meinung zu begründen.

Der Motion, mit welcher nur die Erhöhung des Pensionsalter angeschaut würde, hätte er nicht zustimmen können, weil es seiner Meinung nach nicht nur um die Sicht der Angestellten - obwohl diese sicher auch wichtig sei - sondern auch um die Sicht der Stadt gehe. Aus Sicht der Stadt gehe es ferner auch darum, die Personalrekrutierung nicht zu erschweren. Die Stadt Langenthal soll eine attraktive Arbeitgeberin sein, um gutes und qualifiziertes Personal zu finden. Faktoren wie der Lohn, das Arbeitsklima, die Ferienregelung und das Pensionsalter würden dabei eine Rolle spielen. Darunter gebe es Faktoren, die zugegebenermassen besser seien als solche in der Privatwirtschaft; aber auch solche, die schlechter oder kaum besser seien. Wenn etwas daran verändert werden soll, erachte er es als sehr wichtig, darauf zu achten, die Gesamtsituation nicht zu Ungunsten des Personals zu ändern, weil darunter die Attraktivität der Arbeitgeberin Stadt leiden würde.



Er finde es deshalb wichtig, das Postulat zu überweisen, damit der Gemeinderat den Gesamtrahmen prüfen könne und nicht nur eine losgelöste Prüfung des Pensionsalters vornehmen müsste.

Stadtrat Beat Sterchi habe den Staat Bern zum Vergleich herangezogen und selber darauf hingewiesen, dass der Kanton eine Regelung kenne, mit 63 Jahren in Pension gehen zu können. Ohne die Prozentzahl zu kennen, schätze er, dass natürlich die überwiegende Mehrheit der Kantonsangestellten - dank genügend Beitragsjahren - mit 63 Jahren in Pension gehe. Eine kommunale Arbeitgeberin sollte demnach diesbezüglich nicht schlechtere Bedingungen haben, als der Kanton.

**Beat Sterchi:** Der Kanton kenne fahrlässige Bedingungen, gegen die er sich - wenn diese im Personalreglement der Stadt auch festgelegt werden sollten - wehren würde. Dazu gehöre die Möglichkeit, die es erlaube, sich praktisch ab 56 Altersjahren vorzeitig pensionieren zu lassen. Diese Regelung könnte in der Stadt Langenthal nie festgelegt werden, womit die Stadt Langenthal diesbezüglich auch nie konkurrenzfähig mit dem Kanton sein könne. Dass solcher Unsinn überhaupt festgelegt werde, liege seiner Meinung nach an der fehlenden Führung auf kantonaler Ebene.

Aus diesem Grund erachte er es als richtig, dass Langenthal über ein eigenes Personalreglement und eine eigene Pensionskasse verfüge, was nun aber auch nach einer eigenen Lösung verlange. Gemeinden, die sich auf das Personalreglement des Kantons Bern abstützen oder Gemeinden, die sogar in der Pensionskasse des Kantons seien - wovon es glücklicherweise nur wenige gebe - würden alle "schlecht fahren", weil die Bestimmungen auf grosse Konzerne und nicht auf mittlere oder kleinere Betriebe ausgerichtet seien.

Im Übrigen habe das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) Abklärungen getroffen, wonach offensichtlich 30% der "Frischpensionierten" (63- oder 65-Jährige) den Wunsch haben, über das Pensionsalter hinaus arbeiten zu können. Es gebe weitere Abklärungen, die zeigen, dass offenbar je näher das Pensionsalter heranrücke, der Wille vorhanden sei, darüber hinaus arbeiten zu können. Der Wunsch nach einem tiefen Pensionsalter bestehe vor allem bei den 30- bis 50-Jährigen, wogegen die Betroffenen eher anderer Meinung seien.

Als Sprecher der SVP-Fraktion habe er im Übrigen vergessen zu erwähnen, dass auch die SVP-Fraktion seinen Vorstoss einstimmig unterstütze.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 12 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat (gewandelte Motion) Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Einführung des Pensionsalters 65 für das Personal der Stadtverwaltung Langenthal wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. **Motion Baumgartner Renato (SP), Rickli Karin (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (JL), Marti Bernhard (SP), Stäger Christoph (GL) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Veloabstellplätze am Bahnhof - Verbesserung der Situation; Stellungnahme**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Die vorliegende Motion sei bereits im Einleitungstext als Motion mit Richtliniencharakter bezeichnet worden. Der Gemeinderat stimme dieser Qualifizierung zu.

Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass die Parkiermöglichkeit für Velos - insbesondere auf der Südseite des Bahnhofs - mindestens zeitweise prekär sei. In den vergangenen Jahren habe der Gemeinderat mit mehrfachen Interventionen versucht, die Veloabstellräume zu erweitern. Die grösste Erweiterung habe mit dem Umzug der bewachten Velostation vom Container in das Bahnhofsgebäude realisiert werden können. Mit dieser Massnahme sei erheblicher und zusätzlicher Platz geschaffen worden. Damals sei auch versucht worden, die Ordnung zwischen Velos und Mofas weiter zu verbessern.

Im Motionstext werde auf unbenutzte Velos verwiesen, die unnötigerweise Platz versperren. Darauf werde reagiert, indem der Platz periodisch nach nicht gebrauchten Velos durchforstet werde, um diese aus der Anlage zu entfernen, was sich aber nicht ganz einfach gestalten werde, weil am Zustand eines Velos nicht grundsätzlich abgelesen werden könne, ob es noch in Gebrauch sei oder nicht. Es gebe Leute, die sich extra ein rostiges und altes Velo angeschafft haben, um damit dem potentiellen Diebstahlrisiko den Riegel schieben zu können. Dass solche Velos von der öffentlichen Hand konfisziert werden, sei wahrscheinlich nicht im Sinne des Erfinders. Auffällige Velos werden beim Durchforsten gekennzeichnet und nach entsprechender Kontrolle und Feststellung des Nichtgebrauchs entfernt. In die Kontrolltätigkeit seien auch die Betreiber der Velostation einbezogen.

Im Rahmen des ESP Bahnhofprojektes seien Erweiterungen geplant. Nebst der Frage der Zeit sei aber auch fraglich, in welchem Rahmen diese Planung realisiert werden könne.

Da es sich um eine Richtlinienmotion handle, die vom Gemeinderat einstimmig zur Erheblicherklärung beantragt werde, gehe der Gemeinderat davon aus, das Anliegen als Rückenstärkung sehen zu können, um allenfalls politisch weiter aktiv werden zu können. Der Gemeinderat sei in absehbarer Zeit darauf angewiesen auch privates Areal mitbenutzen zu können. Einen stadträtlichen Entscheid im Rücken zu haben, sei sicher vorteilhaft, weil der Gemeinderat in Bezug auf eine Erweiterung auf öffentlichem Grund und Boden so ziemlich am Ende seines Lateins sei.

Er rufe in Erinnerung, dass zur Schaffung der Autoabstellplätze auf der Nordseite des Bahnhofs ähnlich vorgegangen worden sei, indem mit der Firma Ammobilien entlang der Kühlhausstrasse eine Lösung gefunden worden sei. Diese Autoabstellplätze seien in Privatbesitz.

**Pascal Dietrich, Motionär:** Von der Motionärin und den Motionären werde mit Freude festgestellt, dass der Gemeinderat das Anliegen ähnlich oder sogar gleich sehe. Von den Motionären werde auch anerkannt, dass der Gemeinderat in den letzten Jahren nicht nichts gemacht habe und Anstrengungen unternommen habe, womit Verschiedenes verbessert worden sei. Trotz allem hinke das Angebot aber immer noch der Nachfrage hinterher, was zeige, dass die Anstrengungen eben immer noch nicht ausreichend seien.

Das Problem sei nach wie vor vorhanden. An einem eisigen Januar Morgen bei Schneefall reiche das Platzangebot knapp aus. Bereits nächste Woche, sobald es aber wieder wärmer sein werde, werde auch die Platzsituation schon wieder prekär sein. Daher sei es unbestritten, dass halt noch mehr getan werden müsse.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Von den Motionären werde auch anerkannt, dass in Bezug auf die im Motionstext erwähnten Schrottelos periodisch etwas unternommen werde. Natürlich sei ihm bewusst, dass es schwierig sei herauszufinden, welche Velos entfernt werden können und welche nicht und trotzdem sei es wichtig, diese periodischen Kontrollen weiterzuführen.

Die grosse Frage sei die, wo noch mehr Platz geschaffen werden könnte. Ein Patenrezept sei auch ihnen als Motionäre nicht bekannt, zumal dieses vom Gemeinderat wahrscheinlich schon umgesetzt worden wäre, wenn es denn ein solches geben würde.

Nicht zum ersten Mal rufe er in Erinnerung, dass im Bahnhofareal eben doch noch Platz vorhanden wäre, und zwar im nicht mehr benutzten Posttunnel und in der breiten Unterführung nach dem Hauptaufgang zum Bahnhofkiosk. Diese Standorte seien nicht neu und bereits zur Diskussion gestanden. Wer der Meinung sei, dass es sich dabei um eine Schnapsidee handle, sollte sich einmal in Solothurn umschaue. In Solothurn sei die halbe oder sogar ein grösserer Teil der Personenunterführung unter dem Bahnhofplatz zu einem Veloabstellplatz umfunktioniert worden.

**Patrick Freudiger, SVP-Fraktion:** Mit seinem Votum äussere er sich als Motionär und gleichzeitig auch als Fraktionschef der SVP.

Beim vorliegenden Vorstoss handle es sich um eine Richtlinienmotion, was so viel heisse, dass das Anliegen nicht mit der all zu "grossen Kelle angerührt" werde, um insbesondere das Budget damit nicht übermässig zu strapazieren. Nichts desto Trotz handle es sich aber um ein wichtiges Anliegen. Wer Pendler sei und täglich an den Bahnhof fahre, sehe die heute bestehende Veloabstellplatzproblematik. Die Platzsituation führe auch zu unsachgemässer und unvorsichtiger Parkierung und damit zu Schäden am Velo, was für jeden Betroffenen - ausser den Velomech - grundsätzlich mühsam und ärgerlich sei.

Wichtig sei, mit der Umsetzung einer Lösung nicht abzuwarten, bis das ESP Bahnhofprogramm umgesetzt werden könne, weshalb die Motion auch eingereicht worden sei. Auch aus Gründen des Stadtmarketings sollten früher Lösungen gefunden werden.

Auch wenn es sich nur um eine Richtlinienmotion handle, sei es eben doch eine Motion, mit der dem Gemeinderat der Rücken gestärkt werde, um im Zuge der Lösungssuche entsprechende Verhandlungen (auch mit Privaten) aufnehmen zu können. Die SVP-Fraktion unterstütze die Motion grossmehrheitlich.

**Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion:** Die vorliegende Motion werde auch von der EVP/glp-Fraktion einstimmig unterstützt. Auch die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, dass die Veloabstellplatzsituation beim Bahnhof unbefriedigend sei und verbessert werden soll, bevor das ESP Bahnhofprojekt realisiert werde.

Obwohl gemäss Bundesamt für Strassen (ASTRA) theoretisch genügend Abstellmöglichkeiten zur Verfügung stehen und die Anlagen gemäss Amt für öffentliche Sicherheit (Afös) vom Pvb maximum gut betreut werden, zeige die Realität doch leider häufig ein anderes, chaotisches Bild.

Wenn die Stadt über keine eigenen Landreserven verfüge, müsse allenfalls eine Lösung mit der SBB oder mit Privaten gesucht werden. Allenfalls müsse auch die Effizienz des Ordnungsdienstes gesteigert werden, zumal die Stadt einen ordentlichen Beitrag daran leiste.

Nicht nur die Verkehrskreisel, sondern auch die Umgebung des Bahnhofs gehöre zur Visitenkarte der Stadt. Ausserdem sollte alles daran gesetzt werden, den Veloverkehr aus ökologischer, verkehrstechnischer und gesundheitlicher Sicht zu fördern.

**Karin Rickli:** Bei Platzmangel werde üblicherweise in die Höhe gebaut. Nach zusätzlichem Platz zu schreien, sei nicht nötig, da es bereits mehrstöckige Veloabstellplätze gebe. Ein Beispiel dafür sei am Bahnhof Olten in Betrieb.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

**Therese Grädel-Fankhauser:** Als tägliche Bahnhofspassantin sei auch sie von der Parkiersituation betroffen. Dass Leute des maximum die Parkierungsanlagen aufräumen, putzen und die Velos geordnet hinstellen, finde sie einen guten Lösungsansatz und habe sie positiv überrascht. Maximum Plus biete damit Leuten, die oft am Rande der Gesellschaft stehen, eine sinnvolle Aufgabe an.

Es sollte eigentlich im Interesse jeder und jedes einzelnen sein, am Morgen zwei Minuten früher zu Hause zu starten, um genügend Zeit zur Verfügung zu haben, das Velo am Bahnhof anständig hinzustellen.

### III Abstimmung:

#### I. Der Stadtrat beschliesst mit 40 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

**Die Motion Baumgartner Renato (SP), Rickli Karin (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (JL), Marti Bernhard (SP), Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Veloabstellplätze am Bahnhof - Verbesserung der Situation wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

#### II. Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Die Motion Baumgartner Renato (SP), Rickli Karin (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (JL), Marti Bernhard (SP), Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Veloabstellplätze am Bahnhof - Verbesserung der Situation wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-





## 6. Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Ohne alles zu Beginn der heutigen Stadtratssitzung (Traktandum Nr. 0; Erweiterung der Traktandenliste) bereits Gesagte zu wiederholen, weise er darauf hin, dass es bei der vorliegenden Motion um eine formale Frage gehe, die nach Ansicht des Gemeinderates vom Stadtrat zu lösen sei, so dass sich die materielle Fragestellung dazu erst in zweiter Linie stelle.

Die an der letzten Stadtratssitzung am 4. Februar 2013 eingereichte vorliegende Motion sei vom Gemeinderat beförderlich behandelt worden, indem sie bereits für die heutige Stadtratssitzung traktandiert worden sei. Normalerweise werde ein eingereichter Vorstoss an der übernächsten Stadtratssitzung traktandiert und behandelt.

Der Motionstext sage viel über die Komplexität der im Raum stehenden Frage aus: *"Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten zur Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 (traktandum Nr. 7) betreffend Erheblicherklärung der Motion vom 7. Mai 2012 (Einführung von Schulsozialarbeit) zwecks Verzicht auf die Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal."* Nicht nur für Nicht-Juristen sei die verlangte Abfolge relativ schwierig zur Kenntnis zu nehmen.

Die Ausgangslage sei insofern komplex, da das Parlament seine eigenen Beschlüsse nicht grundsätzlich in Wiedererwägung ziehen könne. Im Gemeinderat sei dies möglich, wozu es jedoch ein qualifiziertes Mehr brauche. Eine weitere Ausgangslage sei auch die, dass aufgrund der am 18. Juni 2012 knapp überwiesenen Motion der Gemeinderat ein entsprechendes Projekt bekanntermassen bereits gestartet habe. Das Projekt sei im Gange und werde planmässig auf Ende dieses Jahr abgeschlossen werden können. Im Anschluss daran werde - wie im Normfall - ein Bericht und Antrag des Gemeinderates dem Parlament vorgelegt.

Der Gemeinderat qualifiziere die vorliegende Motion als Motion mit Weisungscharakter. Da es sich formal im Ansatz nicht um eine materielle Frage handle (Schulsozialarbeit Ja/Nein), sei der Gemeinderat heute nur zur Abgabe einer Stellungnahme aber zu keiner Antragstellung bereit. Dies aus dem Grund, dass der Gemeinderat seinen Antrag in Bezug auf das Materielle bereits am 18. Juni 2012 gestellt und das Parlament darüber befunden habe. Diese Tatsache sei auch mit ein Grund, dass das Geschäft nicht von der Ressortvorsteherin Bildung sondern von ihm als Stadtpräsident vertreten werde.

Der Gemeinderat halte sich aus dem Schritt eins (Erheblicherklärung der vorliegenden Motion) und dem Schritt zwei (Erweiterung der Traktandenlisten mit neuem Traktandum Nr. 7) bewusst und klar heraus. Als Stadtpräsident fühle er sich aber dennoch verantwortlich, dem Parlament in Bezug auf die Gesamtproblematik gewisse Hinweise zu geben: Bereits zu Beginn der heutigen Sitzung (Traktandum Nr. 0) sei diverse Male gesagt worden, dass heute nur über den Grundsatz zu befinden sei, wogegen dann der spätere Schritt drei wiederum materiellen Charakter haben werde. Im Hinblick darauf, dass momentan ein Projekt laufe, das einen Anfang und einen Schluss habe, gelte es sich nun vorzustellen, was das heisse. Das Projekt habe keinen grundsätzlichen ersten und zweiten Teil mit einer zwischenzeitlichen Berichterstattung, weil der Gemeinderat - wie dies üblich sei - das vom Stadtrat materiell Diskutierte zur Kenntnis, nehme, diese Kenntnisse an die zuständigen Kommissionen weitergebe, welche ihrerseits mit einer Stellungnahme wieder an den Gemeinderat gelangen, der dann dem Stadtrat einen Antrag zur Beschlussfassung unterbreite. Der Anspruch, über die Lehrerbefragung kurzfristig Antwort zu erhalten, löse bei ihm persönlich die Frage aus, wie das formal abgewickelt werden soll. Auch bei einem Strassenprojekt könnte gesagt werden, noch nicht zu wissen, ob eine Strasse gebaut werden soll oder nicht, weshalb vorgängig Auskunft verlangt werde, so dass der Ressortvorsteher gefälligst sein Wissen mitzuteilen habe, bevor überhaupt ein Entscheid gefällt werden könne.



Obwohl er selber ein Mitglied des Projektausschusses sei, wisse er über die Lehrerbefragung zu Zeit noch gar nichts. Der Gemeinderat habe bis anhin auch noch keinen Bericht erhalten. Ob oder wie über die Zwischenergebnisse aus dem Projekt heraus informiert werde, stehe auch noch nicht fest. Vielleicht werde die Aktenauflage wieder gleich ausfallen, wie sie schon einmal gewesen sei. Der Gemeinderat habe seinen bisherigen Antrag materiell nicht weiter diskutiert. Auch die Wiedererwägungsfrage sei nicht diskutiert worden. Im Prinzip hänge alles davon ab, wie sich das Parlament verhalten werde.

Der Gemeinderat werde sich im weiteren Verlauf der Beratung zur vorliegenden Motion nicht mehr zu Wort melden. Mit Verweis auf die Ergänzung der Traktandenliste (neues Traktandum Nr. 7) sei es Sache des Parlaments damit umzugehen und zu bestimmen, wie weiter vorzugehen sei.

**Bernhard Marti, GPK-Präsident:** Die Geschäftsprüfungskommission stelle fest, dass es im vorliegenden Traktandum Nr. 6 nur darum gehe, den Gemeinderat mit der Ausarbeitung einer Vorlage zur Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 zu beauftragen, um damit gleichzeitig die Voraussetzung zu schaffen, die Auftragserteilung zur Einführung der Schulsozialarbeit neu beurteilen zu können. Im jetzigen Zeitpunkt gehe es somit nur um die Frage der Erheblicherklärung des am 4. Februar 2013 eingereichten Vorstosses.

Die Geschäftsprüfungskommission habe zur Kenntnis genommen, dass im jetzigen Zeitpunkt keine Informationen aus dem laufenden Projekt (beispielsweise: Zwischenergebnisse der durchgeführten Lehrerbefragung) vorliegen und dass diese - ohne entsprechende Beratung in den zuständigen Kommissionen - dem Stadtrat auch nicht bekannt gegeben werden.

Die Geschäftsprüfungskommission stelle gesamthaft fest, dass die reglementarischen Vorschriften betreffend die Behandlung von Motionen (Frist/Form) eingehalten seien und stimme der Qualifizierung der Motion als Motion mit Weisungscharakter zu.

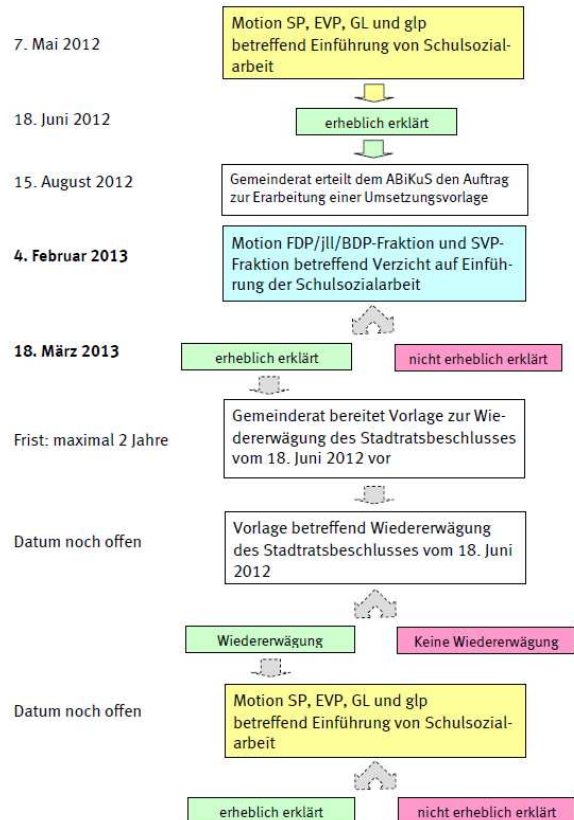
**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** In seiner Funktion als Stadtratspräsident zeige er nochmals das weitere Vorgehen in Bezug auf die wesentlichen zu treffenden Entscheidungen auf.

Stadtratspräsident Thomas Rufener habe erwähnt, dass der Gemeinderat den Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage zur Umsetzung der am 18. Juni 2012 erheblich erklärten Motion bereits erteilt habe.

Mit der am 4. Februar 2013 eingereichten Motion soll der Gemeinderat beauftragt werden, eine Vorlage zur Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 auszuarbeiten.

Heute stehe der Entscheid an, die am 4. Februar 2013 eingereichte Motion erheblich zu erklären oder nicht.

Zu Beginn der Sitzung (Traktandum Nr. 0) habe die Mehrheit des Rats entschieden, falls die vorliegende Motion als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt werde, die Traktandenliste mit einem neuen Traktandum Nr. 7 zu erweitern, womit über die Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 abgestimmt werde.



G:\Sekretariat\Stadtrat\Stadtrat2013\Presentation\_02\_18\_03\_13\_Tr\_6.doc



Heute werde jedoch nicht darüber entschieden, ob die am 18. Juni 2012 bereits erheblich erklärte *"Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal"* nochmals erheblich oder allenfalls nicht erheblich erklärt werden soll.

Ein solches mehrstufiges Verfahren und dasselbe Meccano sei bei der Motion Ryster Stefan (SP) betreffend die Verbuchung von Brandschutzmassnahmen in der Alten Mühle im Jahr 2011 auch schon zur Anwendung gekommen.

Da das Verfahren in der Tat kompliziert sei und eine entsprechende Konzentration verlange, bitte er die Voten an diesem Sachverhalt auszurichten und nicht inhaltlich über die Schulsozialarbeit zu diskutieren. Diese Diskussion werde allenfalls an einer der nächsten Stadtratssitzungen stattfinden.

**Markus Gfeller, FDP/jll/BDP-Fraktion:** Als Sprecher der Motionäre bedanke er sich beim Gemeinderat und beim Stadtratsbüro dafür, die Vorlage bereits für die heutige Sitzung traktandiert zu haben. Die Motion sei - wie der Stadtpräsident zu Recht erwähnt habe - etwas kompliziert geschrieben. Der Zweck der Motion bestehe jedoch einfach darin, dass die FDP/jll/BDP-Fraktion und die SVP-Fraktion noch einmal darüber reden wollen, ob die Schulsozialarbeit eingeführt werden soll oder nicht. Die Erreichung dieses Ziel bedürfe einer ziemlich komplizierten Umsetzung. Einerseits brauche es dazu die vorliegende Motion, die von der Mehrheit im Stadtrat erheblich erklärt werden müsse. Wenn diese Motion erheblich erklärt sei, werde der Stadtrat im nächsten Schritt darüber zu befinden haben, ob die am 18. Juni 2012 erheblich erklärte Motion überhaupt noch einmal diskutiert werden soll. Vorerst gehe es um die am 4. Februar 2013 eingereichte Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013: Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit.

Im Wesentlichen hätten sich seit dem Stadratsbeschluss am 18. Juni 2012 zwei Sachen geändert:

- Die finanzielle Beteiligung, welche von Dritter Seite zum Tragen käme. Die Aufgabe, die sich Langenthal aufbürden wolle, hätte wiederkehrenden Charakter. Deshalb sei es um so wichtiger zu wissen, auf welche finanziellen Folgen man sich einlasse. Aus diesem Grund beeinflusse die wesentliche Änderung in der Beteiligung von Dritten die Beurteilung aus Sicht der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion sehr wohl.
- Die politische Zusammensetzung des Parlaments sei kein weniger wichtiger Grund, als der finanzielle Aspekt. Der Gemeinderat habe den Auftrag, der durch die am 18. Juni 2012 erheblich erklärten Motion ausgelöst worden sei, Ernst genommen und eine Projektorganisation gestartet, die zur Zeit an der Arbeit sei. Der Zeitplan sehe vor, dem Rat bis Ende dieses Jahres eine Vorlage zu unterbreiten. In den Fraktionen der FDP/jll/BDP und der SVP habe eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesem Thema stattgefunden, was zur Ansicht geführt habe, mit den neuen Leuten im Stadtrat sowie aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen, möglichst früh noch einmal über das Thema reden zu wollen. Möglichst früh heisse, die Diskussion allenfalls auch ohne vollständig vorliegende Ergebnisse zu führen, um sicher zu stellen, ob das am 18. Juni 2012 Beschlossene wirklich umgesetzt werden soll oder nicht. Es gehe am heutigen Abend also nur darum, über die ganze Schulsozialarbeit - unter den heutigen Rahmenbedingungen - nochmals diskutieren zu können. Um dies zu erreichen, sei die vorliegende Motion eingereicht worden.

Im Namen der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion bitte er die vorliegende Motion zu unterstützen, um mit dem aktuellen Parlament an einer nächsten Stadtratssitzung über die ganzen Rahmenbedingungen (Pros und Contras) der Schulsozialarbeit reden zu können.

**Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:** Am 18. Juni 2012 sei die überparteiliche Motion zur Einführung von Schulsozialarbeit vom Stadtrat erheblich erklärt worden. Es handle sich dabei um einen Stadratsbeschluss, der von der Mehrheit der Ratsmitglieder im Juni 2012 unterstützt worden sei.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Die EVP/glp-Fraktion finde es befremdend, einen in der alten Legislaturperiode von der Mehrheit gefällten Entscheid aufgrund der neuen politischen Zusammensetzung des Parlaments umstossen zu wollen. Entsprechend den politischen Spielregeln gebe es immer eine Verlierer- und eine Gewinnerseite. Die entsprechenden Entscheide gelte es zu akzeptieren. Wenn bei sämtlichen Geschäften so gehandelt würde, wäre die Politik langfristig nicht mehr glaubwürdig. Es dürfe nicht sein, dass allfällige positive Erkenntnisse frühzeitig abgewürgt werden, zumal doch schon eine beträchtliche Arbeit dazu geleistet worden sei.

Die Eingabe der vorliegenden Motion anlässlich der ersten, konstituierenden Stadtratsitzung der neuen Legislaturperiode sei etwas fragwürdig und wirke durchaus wie eine Reviermarkierung zur Demonstration von angeblicher Macht gegenüber einer angeblichen Links- oder Mitteseite.

Die EVP/glp-Fraktion halte nach wie vor am Prüfungsauftrag zur Einführung von Schulsozialarbeit fest und werde einstimmig gegen die Erheblicherklärung der vorliegenden Motion stimmen.

**Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion:** Der Stadtrat habe vor gut einem halben Jahr - in anderer politischer Zusammensetzung - die Motion zur Einführung von Schulsozialarbeit knapp gutgeheissen und damit den Gemeinderat beauftragt zu prüfen, ob Schulsozialarbeit auch in Langenthal - wie dies in unzähligen anderen Gemeinden mit Erfolg bereits passiert sei - eingeführt werden soll.

Die Berichterstellung sowie die Befragung der Lehrpersonen sei momentan in vollem Gange und würde im Falle der Wiedererwägung und der allfällig daraus resultierenden Ablehnung abgewürgt. Bereits vorhandene Resultate können im jetzigen Zeitpunkt gar nicht erst beachtet werden, weil sie noch nicht bekannt gegeben worden seien. Weshalb das Untersuchungsergebnis nicht abgewartet werden könne, sei fraglich. Fraglich sei auch, weshalb nicht auf die Resultate der Befragungen der betroffenen Lehrpersonen gewartet werden soll. Der Grund nicht abwarten zu wollen, könnte vielleicht der sein, dass im Bericht und Antrag stehen könnte, dass Langenthal die Schulsozialarbeit brauche.

Die SP/GL-Fraktion sei der Meinung, dass im jetzigen Zeitpunkt die Arbeit - wovon schon viel geleistet worden sei - nicht einfach eingestellt werden sollte. Vielmehr sollten die Betroffenen zu Wort kommen. Die Absicht der Motionäre, die Verwaltung ein Jahr lang schonen zu wollen, weil die Schulsozialarbeit vom Parlament so wie so abgelehnt werde, sei ein zweischneidiges Vorhaben, weil die ganze bis anhin bereits geleistete Arbeit so einfach im Abfall landen würde.

Die SP/GL-Fraktion sei der Meinung, dass über die Schulsozialarbeit noch einmal diskutiert werden könne, wenn die Resultate vorliegen, zumal die Einführung der Schulsozialarbeit überhaupt noch keine beschlossene Sache sei und eh eine abschliessende Beratung dazu erfordere.

Da mit der vorliegenden Motion weder formal noch politisch der richtige Weg beschritten werde, verweise er nochmals darauf, gegen dieses Vorgehen von Seiten der SP/GL-Fraktion **allenfalls eine Beschwerde einzureichen**.

Aus den genannten Gründen, sei die SP/GL-Fraktion geschlossen gegen die Erheblicherklärung der vorliegenden Motion.

**Patrick Freudiger, SVP-Fraktion:** Da über die neue bzw. geänderte politische Akzeptanz bereits viel gesprochen worden sei, verzichte er auf weitere Äusserungen dazu. Trotz allem schein es wichtig, dass die sachlichen Umstände gesehen werden. Der Stadtrat habe am 18. Juni 2012 über die Motion zur Einführung von Schulsozialarbeit abgestimmt. Der Prüfbericht des Gemeinderates habe Transparenz in Bezug auf die Kosten geschaffen. Darin stehe, dass Fr. 2'400.00 pro Klasse und Jahr anfallen und dass die Stadt Burgdorf Fr. 217'000.00 zahle, worin die Investitionskosten - wenn er sich nicht täusche - noch nicht einmal eingerechnet seien. Bekannt sei auch - zumal es in der Beratung mehrmals von den Befürwortern der Schulsozialarbeit erwähnt worden sei - dass der Kanton das Projekt "anschubfinanzieren" wolle, weil dieser aus irgendwelchen Gründen auch immer ein gewisses Interesse an solchen Projekte habe. Eine Diskussion darüber erübrige sich, weil die Anschubfinanzierung des Kantons ein Fact sei. In Kenntnis dieser Ausgangslage und weil die Anschubfinanzierung des Kantons ein erheblicher Beitrag sei, sei der Motion zugestimmt worden.



Inzwischen habe der Kanton aber Sparmassnahmen einleiten müssen. Eine dieser Sparmassnahme bestehe darin, die Beteiligung an der Schulsozialarbeit um Fr. 1 Mio. zu reduzieren. Das bedeute, dass ab dem Jahr 2014, in welchem die Schulsozialarbeit in Langenthal eingeführt werden soll, der Kanton weniger zahlen werde, als dies bei der Zustimmung zur Motion noch angenommen worden sei. Demgemäss werde das, was heute unter dem Stichwort Schulsozialarbeit laufe, gar nicht mehr von der seinerzeitigen Motion abgedeckt. Aufgrund dieser veränderten sachlichen Ausgangslage sei eine erneute Diskussion wichtig und spreche auch für die Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012.

Dass die Meinung zum Projekt Schulsozialarbeit den Rat in der Mitte teile und damit einem klassischen Links-Rechtsschema (Bürgerliche dafür, Linke dagegen) entspreche, sei bekannt. Dass nun aber das Vorgehen, etwas Beschlossenes in Wiedererwägung zu ziehen, als befremdlich und fragwürdig bezeichnet werde, löse in ihm die ketzerische Frage aus, wie denn die Tatsache bezeichnet werden soll, dass ein halbes Jahr vor den Gesamterneuerungswahlen von der damals knappen links-grünen Mehrheit noch schnell ein Vorstoss zu diesem wegweisenden Thema eingereicht worden sei. Diejenigen, die der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion befremdliches Verhalten vorwerfen, sollten sich die Frage stellen, ob die damals eingereichte Motion nicht etwas zu überhastet eingereicht worden sei und ob es nicht besser gewesen wäre, die Gesamterneuerungswahlen abzuwarten, um nicht unnötigerweise Leerlauf zu betreiben.

In Namen der SVP-Fraktion bitte er um Zustimmung zur Erheblicherklärung der vorliegenden Motion.

**Stefan Ryser:** Die Einen wollen zuerst Resultate sehen, um die Einführung von Schulsozialarbeit beurteilen zu können, die Anderen wollen aufgrund ihrer grundsätzlichen Meinung und Haltung gegen die Einführung von Schulsozialarbeit keine Resultate sehen.

Er könne sich daran erinnern, wie sich relativ viele Langenthaler Parteien darüber mokierten, als der bernische Grosse Rat im Bildungswesen verschiedene Stunden gestrichen habe. Wie soeben gehört, wolle der Kanton nun Gelder streichen, die in Form von Zugeständnissen zur Einführung von Schulsozialarbeit erwartet worden seien. Es gelte sich doch einmal zu fragen, wo der Grund für diese Streichungen liege und wie manche Steuersenkung in den letzten Jahren durchgeführt worden sei. Auch die Frage, weshalb Fr. 120 Mio. in den Sand gesetzt werden sollen, nur damit Besitzer grosser Autos noch weniger Autosteuern bezahlen müssen, gelte es zu beantworten. Dass gespart werden müsse, verwundere ihn persönlich nicht. Fraglich sei nur, wo mit Sparen angefangen werde, und ob im Bildungswesen und damit bei der Jugend mit Sparen begonnen werden soll.

Über das Thema Schulsozialarbeit werde nicht erst seit letztem Juni geredet. Demgemäss weise er die Vermutung entschieden zurück, dass es sich bei der Eingabe der am 18. Juni 2012 erheblich erklärten Motion um einen Gag der links-grünen Seite handle. Die Motion sei aufgrund sehr vielen Abklärungen eingereicht worden. Er persönlich habe auch Mails von nicht SP-Leuten erhalten, die sich dahingehend äussern, dass es wohl nicht sein könne, dass im Stadtrat Langenthal überhaupt über ein Thema geredet werde, dessen Einführung doch logisch sei. Von überall her werde bestätigt, dass sich die Einführung in der Zukunft auszahlen werde. Den Schulsozialgegnern gebe er aber insofern Recht, dass die Auszahlung nicht heute oder morgen erfolge. Die nächste Generation werde den Nutzen daraus ziehen. In diesem Sinne gelte es nachhaltig zu handeln.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** fordert die Sprecherinnen und Sprecher auf, sich in ihren Voten auf den formellen Inhalt der vorliegenden Motion zu beziehen und keine inhaltliche Stellungnahmen zur Schulsozialarbeit abzugeben.

**Beat Sterchi:** Die Motion sei von ihm nicht unterschrieben worden, weil ihm ohnehin klar sei, die Schulsozialarbeit nicht zu wollen und zwar unabhängig davon, ob im Dezember oder schon Juni darüber abgestimmt werde oder nicht.

Seiner Ansicht nach könnten die Abklärungen bei den Lehrern und beim ABiKuS noch beendet werden, um daraus ein Projekt zu machen.



Da es einen pragmatischen Weg zu finden gelte, erwarte er, dass die vorliegenden Resultate nun aufbereitet und ein entsprechender Bericht erstellt werde, der dem Stadtrat an einer der nächsten Sitzungen zur Diskussion und Beratung vorgelegt werden könne. Um ihn persönlich von der Ablehnung der Schulsozialarbeit abzubringen, brauche es allerdings sehr viel.

Seiner Ansicht nach wäre die Einreichung der vorliegenden Motion nicht nötig gewesen. Eine Mehrheit der Bürgerlichen habe sich jedoch für diesen Schritt entschieden. Die ganze Thematik werde dadurch etwas beschleunigt, so dass sehr wahrscheinlich schon im Juni oder im August anstatt erst im Dezember oder Januar darüber abgestimmt werden könne. Er prophezeie aber bereits heute, dass das Resultat dasselbe sein werde, ob nun im Juni oder Dezember darüber abgestimmt werde.

**Pascal Dietrich:** Was aufgrund der vorliegenden Motion passiere, sei seiner Meinung nach nicht befremdlich, sondern ein normaler Vorgang in einem politischen Prozess. Er erinnere daran, dass der am 18. Juni 2012 erheblich erklärte Motion ein Postulat zum gleichen Thema vorausgegangen sei, welches mit einem negativen Prüfungsergebnis des Gemeinderates als erledigt abgeschrieben worden sei<sup>1</sup>. Damit sei das Thema eigentlich erledigt gewesen, wenn nicht die Motion zur Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal von der SP, der EVP, der GL und der glp am 7. Mai 2012 eingereicht worden wäre. Selbstverständlich sei es das gute Recht dieser Parteien das Thema wieder zu bringen. Gleichzeitig sei es aber auch das gute Recht der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion, nach einer veränderten politischen Zusammensetzung des Rates, dieses Thema wieder in Frage zu stellen.

Er habe im Juni 2012 bereits darauf hingewiesen, dass es politisch nicht gescheit sei, dieses Thema so kurz vor den Wahlen durchdrücken zu wollen. Da die Befürworter der Schulsozialarbeit es eben trotzdem gemacht haben, hätten diese jetzt halt die logische Konsequenz des im letzten Jahr gemachten Schrittes zu tragen, wobei er persönlich ein gewisses Verständnis für deren Frustration aufbringe.

Weil die FDP/jll/BDP-Fraktion und die SVP-Fraktion das Gefühl habe, die Verwaltung nicht länger beüben zu wollen, werde mit einem logischen und vernünftigen Schritt das Thema beendet, damit eben nicht noch mehr Material produziert werde, das im Abfall landen (Ausdruck von Stadtrat Renato Baumgartner) werde.

Der seiner Meinung nach logische und vernünftige Schritt löse bei den Befürwortern der Schulsozialarbeit zwar eine gewisse Frustration aus, er sei aber halt die Folge eines Schrittes, der im vergangenen Jahr gemacht worden sei.

**Samuel Köhli:** Was momentan auf juristischer Ebene ablaufe - indem eine Gegenmotion eingereicht werde und an diese nun auch noch ein zusätzliches Traktandum anhängen zu wollen - empfinde er als eine eindeutige Verschlechterung der bisherigen Ratskultur in Langenthal.

Er sei wie Stadtrat Beat Sterchi der Meinung, dass bis im Dezember sicher ein Resultat vorliegen würde, über welches abgestimmt werden könnte.

Sollte in Zukunft alles derart aufgepusht werden, frage er sich, in wie weit man überhaupt noch Vertrauen in die Juristen haben könne.

**Bernhard Marti:** Das Ziel der Motionäre sei klar, der Weg dazu aber fragwürdig und vielleicht sogar unzulässig. Diese Beurteilung werde auf jeden Fall einer Beschwerdeinstanz obliegen.

---

<sup>1</sup> Postulat Müller Reto (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend die Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal (erheblich erklärt am 2. April 2007; mit Berichterstattung des Gemeinderates gemäss Art. 35 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben am 7. Mai 2012)



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Seitens der Motionäre sei der Wunsch aufgetaucht, über Zwischenergebnisse informiert zu werden. Die Logik - ein in Auftrag gegebenes Projekt abzuwürgen aber trotzdem Resultate daraus zu erwarten - sei unverständlich und entspreche der Idee, ein frisch gepflanztes Bäumchen zu fällen aber trotzdem Äpfel davon ernten zu wollen. Er habe den Eindruck, dass nicht alle Motionäre den Projektablauf verstanden haben.

Stadtrat Markus Gfeller habe gesagt, dass dieser Weg eingeschlagen werden müsse, um über das Thema reden zu können. Diese Aussage stimme natürlich nicht, da dieser Weg nur dazu führe, dass darüber gesprochen werde ohne über Erkenntnisse aus dem laufenden Projekt der Schulsozialarbeit Langenthal zu verfügen.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Namens des Gemeinderates beziehe er zu zwei in der Beratung erwähnten Punkten Stellung:

- **Haltung des Kantons:** Die kantonale Gesetzgebung enthalte zum Teil "Kann-Formulierungen". Speziell die Unterstützung der Schulsozialarbeit enthalte eine "Kann-Formulierung".

Wie offiziell kommuniziert worden sei, zeige das Angebots- und Strukturüberprüfungsprogramm (ASP) des Kantons, dass sich der Kanton Bern im Leistungsbereich in etwa im schweizerischen Mittel bewege, dass die Wirtschaftskraft nur etwa bei 75% liege, dass durch den kantonalen Finanzausgleich eine Aufbesserung von etwa 10% erfolge und dass ein Delta von etwa 15% bestehe, welches durch - im schweizerischen Vergleich - erhöhte Steuern beglichen werden müsse.

In seiner Eigenschaft als Präsident der bernischen Gemeinden könne er versichern, dass sich die Gemeinden gegenüber dem Kanton gegen irgendwelche Lastenverschiebungen wehren, wenn nicht effektiv gespart werde.

- **Juristische Präzision:** In der Beratung sei von gewissen Votanten von Prüfberichten gesprochen worden. Im Rahmen einer Motionsbehandlung sei aber nicht von Prüfberichten die Rede. Ein Prüfbericht erfolge auf ein überwiesenes Postulat. Wenn eine Motion zur Debatte stehe, habe der Gemeinderat eine Stellungnahme abzugeben, die beim entsprechenden Amt eingefordert werde und zu der er seine eigene Haltung abgebe, was der Parlamentsdebatte als Basis diene.

Zum Teil sei auch davon gesprochen worden, prüfen zu müssen, ob die Schulsozialarbeit eingeführt werden soll oder nicht, was nicht stimme. Im Moment sei eine Motion überwiesen, welche den Gemeinderat verpflichte eine Vorlage zu bringen, wie die Schulsozialarbeit eingeführt werden soll. Die Befragung der Lehrpersonen stelle eine Grundlage für diese Vorlage dar und diene nicht als Grundlage, um nochmals eine Grundsatzdiskussion führen zu können. Die Ergebnisse werden dazu dienen, dem Parlament in einer möglichst angepassten Form einen Vorschlag zu unterbreiten, wie das Problem künftig gelöst werden soll.

Heute gehe es um eine Motion, mit welcher der Gemeinderat verpflichtet werde etwas zu vollziehen und nicht zu prüfen.

### III Abstimmung:

#### I. Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):

**Die Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013:** Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

#### II. Der Stadtrat beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

**1. Die Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion und der SVP-Fraktion vom 4. Februar 2013:** Verzicht auf Einführung der Schulsozialarbeit **wird erheblich erklärt.**

**2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-





## 7. Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal; Beschluss des Stadtrates vom 18. Juni 2012 betreffend Erheblicherklärung; Wiedererwägung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** Das vorliegende (neue) Traktandum Nr. 7 entspreche dem zu Beginn der heutigen Sitzung gefassten Beschluss (siehe Traktandum Nr. 0), die Traktandenliste mit der Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 zu erweitern, wenn die Motion des Traktandums Nr. 6 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt werde - was der Fall sei.

Mit vorliegendem Geschäft werde beantragt, den Stadtratsbeschluss vom 18. Juni 2012 wieder zu erwägen. Demgemäss stehe nicht die Einführung von Schulsozialarbeit sondern die Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 18. Juni 2012 zur Diskussion.

Zur Strukturierung der Detailberatung, schlage er folgenden Ablauf vor :

- a) Votum Antragstellende
- b) Voten Fraktionssprechende
- c) Voten Einzelsprechende
- d) Stellungnahme des Gemeinderates, falls erwünscht

■ **Dem vorgeschlagen Beratungsablauf des Stadtratspräsidenten wird schweigend zugestimmt.**

### II Detailberatung:

#### a) Votum Antragstellende

**Patrick Freudiger, SVP-Fraktion:** Namens der SVP-Fraktion verweise er primär auf die bisher in der heutigen Sitzung bereits gemachten Aussagen, da das an dieser Stelle zu Diskutierende mit dem bereits im Traktandum Nr. 0 Gesagten in der Sache das Gleiche sei.

Die materielle Neu Beurteilung von Schulsozialarbeit und damit die Frage, ob Schulsozialarbeit gewollt werde oder nicht, sei nicht Gegenstand des vorliegenden Antrages - worauf heute bereits mehrfach hingewiesen worden sei.

Wichtig zu wissen sei, dass alles was für und alles was gegen die beantragte Wiedererwägung spreche, am heutigen Abend bereits bekannt sei. Die mehrfach erwähnte durchgeführte Lehrerbefragung sei nicht etwas, was für oder gegen die Wiedererwägung spreche. Der Entscheid lasse sich anhand folgender zwei Fragen fällen:

- Ist die veränderte politische Akzeptanz Grund genug für die Wiedererwägung?
- Sind die veränderten sachlichen Umstände - wie die Reduktion in der Finanzierung - Grund genug für die Wiedererwägung?

Eine Mehrheit der Ratsmitglieder habe diese Fragen bereits bejaht. Die gleiche Mehrheit werde nun auch die beantragte Wiedererwägung befürworten. Das Abstimmungsverhalten im Traktandum Nr. 0 und Traktandum Nr. 6 liefere letztendlich nichts anderes als den Beweis, dass es faktisch um ein und dieselbe Frage gehe. Dementsprechend werde - wer der Erheblicherklärung der Motion im Traktandum Nr. 6 zugestimmt habe - auch die Wiedererwägung wünschen. Die Beurteilung getrennt und an verschiedenen Sitzungen vorzunehmen sei nichts anderes als eine Verzögerung und führe zu unbefriedigenden Ergebnissen.

Ohne die heute beantragte Wiedererwägung könnten zwei rechtsgültig überwiesene Motionen zur gleichen Thematik vorliegen, die jedoch beide in eine völlig entgegengesetzte Richtung steuern. In Anbetracht des Umstandes, dass dies in einem bereits laufenden Planungsprozess geschähe, wüssten die momentan an der Umsetzung arbeitenden Verantwortlichen morgen schlicht nicht mehr, was sie tun sollen. Dieses Szenario rechtfertige dem Wiedererwägung am heutigen Tag zuzustimmen.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Damit werde auch die Rechtslage geklärt, indem keine Rechtsgrundlage mehr bestehe, um weitere, noch zusätzliche Prüfungs- und Ausarbeitungsprojekte vorzunehmen.

Bisher sei immer so getan worden, als ob die Lehrerbefragung am Schluss für vollendete Klarheit sorgen werde. Im Sinne einer Vorwarnung weise er darauf hin, dass die Schulsozialarbeit in der Lehrerschaft und vor allem bei der Schulleiterschaft hochgradig umstritten sei, was bereits heute bekannt sei. Auch müsse niemand meinen, dass aufgrund einer in Langenthal durchgeführten Lehrerbefragung alles klar sein werde. Er habe sich kürzlich sagen lassen, dass auf der Homepage der Erziehungsdirektion (unter dem Verweis "Schulsozialarbeit") der bisherige Text gestrichen worden sei und dass nun ein Verweis dort stehe, dass zur Zeit ein neuer Leitfaden zum Thema Schulsozialarbeit erarbeitet werde. Niemand werde doch ernsthaft daran glauben, dass dieser Leitfaden im Dezember schon fertig sein werde.

Auch wenn nach der Methode - wie sie offenbar der im Rat links sitzenden Seite vorschwebte - vorgegangen würde, die darin bestehe, brav alles abzuwarten und die Verwaltung zu beüben, um im Dezember darüber beschliessen zu können, wäre wahrscheinlich immer noch nicht alles klar, weil der Kanton wieder neue Grundlagen schaffe. Demgemäss müsse sich niemand der Illusion hingeben, sich heute in einer Situation der völligen Unklarheit zu befinden, wogegen im Dezember alles klar sein werde.

## b) Voten Fraktionssprechende

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass von keiner Fraktion das Wort gewünscht werde.

## c) Voten Einzelsprechende

**Nathalie Scheibli:** Welcher Quelle Stadtrat Patrick Freudiger offenbar Informationen über die Lehrerschaft und über die Schulleiterschaft zu verdanken habe, wisse sie nicht. Obwohl sie selber ein Mitglied der Schulleitung sei, habe sie bis anhin nicht festgestellt, dass die Schulsozialarbeit in der Schulleiterschaft extrem oder hochgradig umstritten sei. Sie verbitte sich Aussagen dieser Art, weil damit alle Schulleitenden unter einen Hut gebracht werden. Ausserdem glaube sie nicht, dass die Lehrerbefragung überhaupt schon ausgewertet worden sei.

## d) Stellungnahme des Gemeinderates, falls erwünscht

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass der Gemeinderat auf eine Stellungnahme verzichte.

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

- 1. Der Stadtratsbeschluss vom 18. Juni 2012** betreffend die "Überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal" **wird in Wiedererwägung gezogen.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 8. Postulat Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 17. September 2012: Attraktive Sicht zum Wasserrad Sagibach; Stellungnahme<sup>1</sup>

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Der Inhalt des Postulats habe in Langenthal gewisse Emotionen in Bezug auf die Überbauungsvorschriften des Sagibachareals geweckt.

Der Gemeinderat sei der klaren Auffassung, dass Diskussionen, Beschlussfassungen und Interventionen betreffend baurechtlicher Fragen zu führen seien, wenn die dazugehörigen Verfahren laufen, was heisse, dass dies im Rahmen der Festlegung von Überbauungsordnungen zu geschehen haben.

Bei einer Überbauungsordnung gehe es darum, einen Überbauungsplan und die dazugehörigen Überbauungsvorschriften zu erarbeiten, diese Grundlagen dann in die öffentliche Mitwirkung zu geben und eine Stellungnahme des Kantons einzuholen. Anschliessend werde die Vorlage dem Parlament zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt. Abschliessend werde die notwendige Zustimmung des Kantons dazu eingeholt.

Der spezifische Bereich (Wasserrad) sei sogar Teil einer Volksabstimmung gewesen. Die Volksabstimmung habe allerdings nicht den Perimeter Sagibach betroffen, sondern sei im Rahmen der Überbauungsordnung obere Marktgasse im Zusammenhang mit der Umsetzung einer Initiative erfolgt, weshalb auch eine Volksabstimmung durchgeführt worden sei.

Der Gemeinderat sei klar der Auffassung, dass solche Verfahren - wenn sie abgeschlossen und rechtskräftig seien - auch die nötige Rechtssicherheit geben sollen, um Projekte erarbeiten und zur Umsetzung bringen zu können. Persönlich halte er es für wichtig, dass die Rechtssicherheit im Staate Schweiz hoch gehalten werde, damit die Bürger wissen, was Sache ist. Der Gemeinderat nehme somit Abstand davon, gegen ein mit viel Zeit und Geld erarbeitetes Projekt von Seiten der Stadt zu intervenieren.

Wie eingangs erwähnt handle es sich um ein sehr emotionales Thema, wobei es letztendlich und materiell um die Sicht auf ein Wasserrad gehe, das früher - zu seiner Jugendzeit total umbaut - nicht sichtbar gewesen sei. Heute stehe das Wasserrad nun offen sichtbar da, was den Wunsch wecke, möglichst alles zu unternehmen, um die Sicht auf das Wasserrad möglichst optimal zu gestalten. Dieser Wunsch führe nun dazu, dass probiert werden soll, auf ein erarbeitetes Projekt Einfluss zu nehmen, welches vom Regierungsstatthalteramt im Rahmen eines durchgeführten Baubewilligungsverfahrens bewilligt worden sei. Weil die Stadt als Landverkäuferin nicht unparteiisch sei, sei das Verfahren vom Regierungsstatthalteramt durchgeführt worden. Die Baubewilligung sei erteilt worden und mittlerweile rechtskräftig. Eine Beschwerde sei nicht geführt worden. Demgemäss sei das weitere Vorgehen klar. Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat deshalb das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Nathalie Scheibli, SP/GL-Fraktin:** Als sie sich mit der Thematik des Wasserrades Sagibach im letzten Jahr auseinandergesetzt habe, sei ihr nach Gesprächen mit dem städtischen Rechtsdienst und den Architekten eigentlich klar gewesen, dass an der Überbauungsordnung nicht mehr zu rütteln sei, da die Rechtslage klar sei. Für sie gebe es aber neben der rechtlichen auch eine moralische Seite. Die Entrüstung verschiedenster Personen habe sie zur Einreichung des Postulates bewogen.

<sup>1</sup> Am 19. November 2012 vom Gemeinderat beantragte und gleichentags von der Stadtratspräsidentin bewilligte aufgeschobene Behandlung des Postulats.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Auch nach gehörter Stellungnahme des Gemeinderates sei sie davon überzeugt, dass mit gutem Willen von Seiten der Stadt mit der Bauherrschaft das Gespräch bezüglich ihres Anliegens aufgenommen werden könnte, damit beim Wasserrad ein kleines Plätzchen entstehen könnte.

Stadtpräsident Thomas Rufener habe erwähnt, wie das Wasserrad zu seiner Jugendzeit gewesen sei. Ihre zwei Buben würden irgendwann einmal sagen können, dass sie das Wasserrad in ihrer Jugendzeit noch gesehen haben.

Die SP/GL-Fraktion werde dem Antrag des Gemeinderates nicht folgen.

Sie hoffe, dass ihr Postulat überwiesen werde, damit das Wasserrad nicht irgendwann aus dem Blickfeld der Bevölkerung verschwinde.

**Rahel Lanz, EVP/glp-Fraktion:** Auch die EVP/glp-Fraktion finde das Wasserrad sehr schön. Trotz allem sei ein Wasserrad aber nicht dafür gemacht, einfach in einem Bach zu stehen, um angeschaut zu werden. Zudem sei über das Baufeld 2, worin auch das Wasserrad enthalten sei, abgestimmt worden. Aus Sicht der EVP/glp-Fraktion hätte damals entsprechend reagiert werden müssen.

Die EVP/glp-Fraktion sei auch der Meinung, dass mit dem Bauvorhaben der Lüscher Egli AG das Maximum unternommen werde, damit das Wasserrad noch sichtbar bleibe. Aus der Stellungnahme des Stadtbauamtes sei ersichtlich, dass unter Einhaltung sämtlicher Richtlinien der Rahmen des Bauprogrammes bereits fixiert sei.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates und lehne die Erheblicherklärung des Postulats einstimmig ab.

**Matthias Bärtschi, FDP/jll/BDP-Fraktion:** Die FDP/jll/BDP-Fraktion lehne die Erheblicherklärung des Postulats ab. Wie der Gemeinderat gehe auch die FDP/jll/BDP-Fraktion davon aus, dass eine rechtskräftige Überbauungsordnung Gültigkeit haben soll, womit Projektausarbeitenden ihr Anspruch auf Rechtssicherheit gewährt werden könne.

Das Wasserrad werde auch künftig sichtbar und gegenüber heute sogar besser geschützt sein. Im Kaufvertrag sei vereinbart worden, dass die Bauherrschaft für den Unterhalt des Wasserrades sowie den Bachlauf in diesem Bereich zuständig sei.

**Ralph Burlon, SVP-Fraktion:** Auch die SVP-Fraktion folge dem Antrag des Gemeinderates und lehne die Erheblicherklärung des Postulats einstimmig ab.

Wie Stadtrat Matthias Bärtschi bereits erwähnt habe, werde das Wasserrad auch in Zukunft sichtbar sein. Wie ebenfalls bereits mehrmals erwähnt worden sei, bestehe eine geltende und unbestrittene Überbauungsordnung. Die Bewilligung für das Projekt liege auch bereits vor. Auch die SVP-Fraktion lege Wert auf Rechtssicherheit.

**Pascal Dietrich:** Dass das Anliegen von Stadträtin Nathalie Scheibli und von all jenen, die sich für das Wasserrad einsetzen, zu spät vorliege, sei er sich bewusst. Weil das Thema die Leute in Langenthal aber sehr bewege, äussere er sich trotzdem dazu:

Über die Sichtbarkeit des Wasserrades werde heute Abend nicht das erste Mal diskutiert. Mit der *Motion Häusermann Ernst und MitunterzeichnerInnen vom 18. Dezember 2000 betreffend den Einbezug des Wasserrades in die Parkplatzgestaltung "Sagibach"* sei das Thema schon vor 13 Jahren zur Diskussion gestanden.

Mit der *Motion Häusermann Ernst und Mitunterzeichnende vom 4. November 2002 betreffend den Einbezug des Wasserrades Sagibach in die weitere Planung* sei das Thema ein weiteres Mal behandelt worden. Damals sei es darum gegangen, den Gemeinderat zu beauftragen, dafür zu sorgen, dass die Sicht auf das Wasserrad durch planende Bauten nicht beeinträchtigt werde, und dass dazu das in der Überbauungsordnung vorgesehene Baufeld von der linken auf die rechte Seite des Sagibachs zu verlegen sei.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

Demgemäss sei es nun natürlich keine Überraschung, dass sich viele Leute mit dem vorliegenden Projekt nicht anfreunden können. Obwohl es zu spät sei, hätte das Parlament und die Verwaltung schon länger auf gewisse vorhandene Befindlichkeiten eingehen können.

Er rufe auch in Erinnerung, dass bei der Diskussion der Überbauungsordnung Nr. 25 im Jahre 1999 - als es auch eine Volksabstimmung dazu gegeben habe - sowie im August 2011 - als die Überbauungsordnung letztmals im Stadtrat gewesen sei - primär die Märitgasse das Hauptthema gewesen sei. Demnach sei das Wasserrad natürlich eher als ein Nebenpunkt behandelt worden, was dazu geführt habe, dass die Tragweite nicht überall und somit eben zu spät erkannt worden sei.

Die Meinung der Bevölkerung sei seiner Ansicht nach eine wichtige Richtschnur für das politische Handeln. Er sei davon überzeugt, dass ein grosser Teil der Langenthaler Bevölkerung das bereits beschlossene Vorhaben nicht goutiere. In Zukunft sollten Anliegen, welche in der Bevölkerung Emotionen wecken, besser in die Planung miteinbezogen werden.

Er habe die Überbauungsvorschriften studiert und stelle fest, dass unter IV. Gestaltungsgrundsätze, Art. 26 Abs. 3 folgender Text stehe: *"Die Aussenraumgestaltung hat ebenerdig als städtischer Platz zum Markthallenreal zu erfolgen."* Obwohl die Bewilligung für das Vorhaben schon vorliege und auch keine Rechtsmittel dagegen ergriffen worden seien, frage es sich bei genauer Betrachtung des geplanten Projektes aber schon, ob dieser Vorschrift wirklich nachgelebt werde.

Aus all diesen Gründen und obschon es eigentlich zu spät sei, mache er beliebt, dem Postulat trotzdem zuzustimmen, damit der Gemeinderat die Chance erhalte, im Einvernehmen mit der Bauherrschaft allenfalls eben doch noch eine gewisse Korrektur zu erwirken.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Irgendwie bewege sich der Rat nicht weit davon entfernt, die "Quadratur des Zirkels" berechnen zu wollen. Ihm sei nicht klar, wie vom Gemeinderat verlangt werden könne, gegen Beschlüsse, die vom Stadtrat selber oder sogar vom Volk abgesegnet worden seien, wieder aktiv zu werden und dies nur, weil man etwas in der Luft zu spüren glaube. Offenbar werde insgeheim auch erwartet, dass das Regierungsstatthalteramt bei der Bearbeitung des Baugesuch einzelne Leute befrage, ob die Arbeit auch wirklich richtig erledigt worden sei. Zum einen gebe es bestehende Rechtssätze zum Vorgehen einzuhalten und zum anderen verfüge die Stadt nicht über überschüssige Ressourcen, um alles zu hinterfragen.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 17. September 2012:** Attraktive Sicht zum Wasserrad Sagibach **wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 9. **Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Reduktion der Grünabfuhr-Gebühren; Stellungnahme**

### I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II **Detailberatung:**

**Gemeinderat Pierre Masson:** Die Grünabfuhr und den Grünabfall als Ausdruck von Lebensqualität zu bezeichnen und darin sogar einen Beitrag für die Lebensqualität in der Stadt Langenthal zu sehen, gefalle ihm persönlich sehr gut. In der ganzen Abfalldebatte sei es sehr selten, einen Sachverhalt so schön blumig darstellen zu können.

Der Auftrag des Postulates lasse sich zweiteilen. Einerseits gehe es um die Überprüfung der Gebühren für die Grünabfuhr, andererseits um die Überprüfung einer möglichen Reduktion dieser Gebühren. Das Anliegen sei sympathisch und eigne sich sehr gut für seine Feuertaufe als neuer Gemeinderat am heutigen Abend. Trotz allem werde mit dem postulierten Anliegen aber quasi "Wasser in die Aare getragen".

Das Stadtbauamt befasse sich sei längerer Zeit sehr intensiv mit der Thematik. Der Gemeinderat habe im Oktober 2012 per Beschluss das Finanzamt zusammen mit dem Stadtbauamt beauftragt, die Höhe aller Abfallgebühren in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 zu prüfen und einen Antrag zur Gebührenfestsetzung auszuarbeiten. Der rechtliche Überbau zu den Gebühren sei mit der Verabschiedung des neuen Abfallreglements am 17. September 2012 durch den Stadtrat erfolgt.

Von der Überprüfung der Gebühren in der zweiten Hälfte 2013 verspreche sich der Gemeinderat eine Gesamtübersicht über alle Gebühren zu erhalten. Zudem erhoffe sich der Gemeinderat auch, dass auf diesen Zeitpunkt erste Erfahrungen in Bezug auf die Speiserestenentsorgung in die Überprüfung einfließen werden, da eine isolierte Betrachtung der Grünabfälle zum jetzigen Zeitpunkt nicht sehr sinnvoll wäre. Anhand der gesamtheitlichen Überprüfung werden sich allfällige Gebührenreduktionen aufzeigen und gegebenenfalls auch umsetzen lassen.

Der Gemeinderat beantrage die Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats mit dem Gedanken, die geforderte Überprüfung zusammen mit anderen Prüfpunkten in der zweiten Jahreshälfte 2013 durchzuführen und im Anschluss daran eventuell eine Anpassung vornehmen zu können.

**Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig. Bei der heute geltenden Gebührensituation werde die Entsorgung von Abfall und Grünabfall praktisch gleich belastet, obwohl aus Sicht des Verursacherprinzips grundlegende Unterschiede bestehen. Dass der Verursacher von Hauskehricht für die Kosten aufkommen soll, sei gut, weil damit ein Anreiz geschaffen werde, möglichst wenig Abfall zu produzieren. Beim Grüngut dagegen verhalte es sich anders, weil das Abfallmaterial dort entstehe, wo Grünflächen angelegt und gepflegt werden. Dementsprechend werden Bürger, die zur Attraktivierung der Stadt beitragen, durch Entsorgungsgebühren bestraft. Ausserdem werde Grüngut immer mehr zum willkommenen und rentablen Energieträger. Eine differenzierte Gebührenbelastung für die so genannten Schwarz- und Grünabfälle wäre deshalb sicher sinnvoll und auch gerecht.

Selbstverständlich sei er damit einverstanden, dass das Anliegen anlässlich der ohnehin geplanten Revision der Abfallgebührenregelung erörtert werde und hoffentlich auch in die Revision einflüsse.

### III **Abstimmung:**

**Der Stadtrat beschliesst mit 40 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Das Postulat Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012: Reduktion der Grünabfuhr-Gebühren wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



**10. Interpellation Scheibli Nathalie (SP) vom 17. September 2012 betreffend die Zufahrt auf die Parkplätze des Baufeldes 2 der Überbauungsordnung Nr. 25 "Fussgängerzone Marktgasse/Parkierung Sagibach"; Beantwortung<sup>1</sup>**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass die Interpellantin auf eine Stellungnahme zu den schriftlich vorliegenden Antworten vom 20. Februar 2013 des Gemeinderates verzichtet.

**III Abstimmung:**

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 20. Februar 2013 zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> Am 19. November 2012 vom Gemeinderat beantragte und gleichentags von der Stadtratspräsidentin bewilligte aufgeschobene Behandlung der Interpellation.





## 11. Interpellation Reçi-Dauti Lurata (SP) vom 17. September 2012 betreffend die Fussgängerstreifen-Situation an der Bern-Zürichstrasse; Beantwortung<sup>1</sup>

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Rolf Baer:** Seit Inbetriebnahme der Audi Garage Gautschi AG an der Zürich-Bernstrasse werde die Strasse von der Garage in Richtung Coop-Tankstelle vermehrt von Fussgängern passiert, was regelmässig zu ziemlich gefährlichen Situationen mit Unfallrisiko führe. Zur vorliegenden Sachlage stelle Frau Stadträtin Lurata Reçi-Dauti folgende zwei Fragen:

1. Die Fussgängersituation ist im Zusammenhang mit der Baubewilligung zu prüfen.
2. Was gedenkt der Gemeinderat selber zu unternehmen, um diese Situation zu verbessern?

Die Bern-Zürichstrasse inklusive Kreisel Dreilinden sei eine Kantonsstrasse im Ausserortsbereich. Die Verkehrssicherheitsmassnahmen fallen somit ausschliesslich in den Verantwortungsbereich des Kantons.

Gemäss Auskunft der zuständigen kantonalen Stellen erfüllen die Ausserortsbereiche im Perimeter der Kreisel der Bern-Zürichstrasse die Bedingungen zum Erstellen von Fussgängerstreifen oder Überquerungshilfen nicht. Eine minimale Anzahl von Überquerungen aber auch besondere Schutzbedürfnisse lassen sich an diesen Stellen deshalb nicht geltend machen.

Im Rahmen des Baubewilligungsverfahren bzw. des Baugesuches der Firma Gautsch AGi sei interessanterweise über mögliche Querungshilfen diskutiert und dabei sei festgestellt worden, diese nicht zu brauchen. In der Praxis präsentiere sich die Situation offenbar aber anders, da vorwiegend Mitarbeitende der Gautschi AG zwischen den Betrieben an der Bern-Zürichstrasse und der Bützbergstrasse hin und her pendeln, womit die Überquerungen also ziemlich "hausgemacht" seien.

Der Gemeinderat werde den zuständigen Stellen des Kantons (Oberingenieurkreis IV, Burgdorf) die oben erläuterte aktuelle Situation mit der Empfehlung zur Überprüfung zustellen. In Gesprächen mit der Firma Gautschi AG sei zudem auch ersichtlich geworden, dass man sich auch im 60er-Bereich einen Fussgängerstreifen vorstellen könnte. Im Sinne eines Kompromisses liesse sich allenfalls bei der Verkehrsinsel eine Querungshilfe mit entsprechender Signalisation anbringen, was aber eben im Verantwortungsbereich des Kantons liege.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass die Interpellantin auf eine Stellungnahme zu den mündlichen Ausführungen des Gemeinderates verzichtet.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die mündliche Beantwortung des Gemeinderates zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> Am 19. November 2012 vom Gemeinderat beantragte und gleichentags von der Stadtratspräsidentin bewilligte aufgeschobene Behandlung der Interpellation.



## 12. Interpellation Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012 betreffend das Agglomerationsprogramm Langenthal; Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Rudolf Lanz:** Für die umfassende schriftliche Beantwortung seiner Fragen danke er dem Gemeinderat. Danken möchte er dem Gemeinderat auch dafür, das Projekt "Arbeitszone Langenthal" als bedeutendes Projekt mit einem grossen Stellenwert zu beurteilen.

Dass an der Befragung zum Projekt "Arbeitszone Langenthal" nicht alle Gemeinden mitmachen, sei schade, obschon er ein gewisses Verständnis dafür habe, weil damit an die Grenzen der Gemeindeautonomie gestossen werde.

Sehr viele Fragen betreffend die Planung, Umsetzung und Vermarktung von gemeinsamen Arbeitszonen seien noch offen. Auch die Fragen:

- ob Mehrwerte geschaffen werden können,
- wie es mit finanziellen Ausgleichszahlungen aussehe,
- wer die (gemeindeübergreifenden) Infrastrukturkosten trage,
- wer in den Genuss von Steuereinnahmen komme,
- ob bereits ein idealer Standort für eine solche Arbeitszone existiere, oder ob es Zonen mit einer differenzierten Nutzung gebe

werden noch zu beantworten sein. Er stimme dem Gemeinderat zu, dass dazu ein Umdenken politischer Art sowie ein Umdenken auf der Verwaltungsebene erforderlich sei.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 20. Februar 2013 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 13. Interpellation Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012 betreffend die Zukunft der bestehenden Bahnlinie in den Ortsteil Untersteckholz; Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Pascal Dietrich:** Für die schriftliche Beantwortung seiner Fragen danke er dem Gemeinderat. Mit einem grossen Teil der Antworten sei er einverstanden.

Natürlich sei auch ihm klar, dass die Bedeutung der Bahnlinie zum heutigen Zeitpunkt nicht gross eingestuft werde. Die Frage sei jedoch, wie es in 20 oder in 25 Jahren aussehen werde. Weil sich die Situation bis dahin verändern könne, was zum heutigen Zeitpunkt aber niemand wisse, finde er es beispielsweise wichtig, dass das Trassee nicht überbaut werde. Das Argument, dass sich bis dahin die Anlagen in einem Zustand befinden werden, so dass sie so wie so neu gebaut werden müssten, könne er gedanklich nachvollziehen.

Markus Flück der aare seeland mobil AG habe aufgrund der vorliegenden Interpellation das Gespräch mit ihm gesucht und ihm versichert, dass die aare seeland mobil AG auf jeden Fall die Absicht habe, die Landsicherung für das Trassee zu gewährleisten und somit das Land im Eigentum der aare seeland mobil AG zu behalten, um in Zukunft auf veränderte Bedingungen reagieren zu können.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 6. Februar 2013 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 14. Interpellation Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2012 betreffend die Zukunft der Stadtbus-Linien am Sonntag; Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Wie richtig festgestellt worden sei, sei anlässlich von Sparmassnahmen im Budget 2013 durch den Grossen Rat die Einstellung der Stadtbus-Linien (nicht Regional-Bus-Linien) am Sonntag beschlossen worden.

Die Antwort auf die Frage 1: *"Ist der Gemeinderat gewillt, sich gegen diesen unsinnige Abbau zur Wehr zu setzen?"* laute , Ja.

Frage 2: *"Falls Ja: Wie reagiert der Gemeinderat auf die Absichtserklärung der Kantonsbehörden, was unternimmt er oder allen fall die RVK?"* könne er damit beantworten, heute um ca. 16.30 Uhr telefonisch informiert worden zu sein, dass der Betrieb des Stadtbusses nicht eingestellt werde, womit sich ein Aktivwerden des Gemeinderates erübrige.

Weitere Begründungen könne er momentan leider nicht liefern, da er sich an das Wording halte. Der Angebotsbeschluss sei morgen im Grossen Rat unter der Nummer 1417 traktandiert. Er nehme an, dass von der Bau- und Verkehrsdirektorin eine Aussage darüber gemacht werde. Die entsprechenden Informationen des Kantons gelte es jedoch abzuwarten.

**Pascal Dietrich:** Die Stadtbus-Linien am Sonntag nicht einzustellen, empfinde er natürlich als sehr erfreulich und wichtig. Die Verwirrung und Konfusion in der Bevölkerung wäre sicher sehr gross, wenn der Stadtbus für etwa ein halbes Jahr eingestellt und später wieder in Betrieb genommen würde. Auch der Frequenz wäre dieses Vorgehen natürlich nicht dienlich. Es gelte nun die Begründung des Kantons für die sehr erfreuliche Mitteilung abzuwarten.

Das Abstimmungsverhalten der oberaargauer Grossräte habe ihn etwas irritiert und enttäuscht. Stadtpräsident Thomas Rufener habe als Mitglied des bernischen Grossen Rats einen entscheidenden Antrag gestellt, womit namentlich auch die Einschränkungen im öffentlichen Verkehr im Oberaargau hätten verhindert werden können. Obwohl der Antrag von oberaargauer Grossräten aus verschiedenen Parteien unterstützt worden sei, sei er von einer Reihe von oberaargauer Grossräten eben nicht unterstützt worden. Als er die betreffenden Grossratmitglieder nach dem Grund für die Ablehnung gefragt habe, habe er zu Antwort erhalten, dass sie sich entscheiden mussten, ob sie oberaargauische oder gesamtbernische Grossräte seien. Er erachte diese Überlegung sicher als ehrenvoll aber auch als speziell, da sich bekanntermassen und erfahrungsgemäss oberländische, bernjurassische oder emmentalische Grossräte dieser Frage nicht stellen und ohne Skrupel zu haben, in solchen Fragen ganz klar für ihre Region stimmen. Solange die oberaargauer Grossräte nicht auch so handeln, dürfe man sich im Oberaargau auch nicht wundern, immer wieder zu kurz zu kommen.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt beiläufig zu Händen des Protokolls fest, zu den oberaargauischen Grossräten zu gehören, die den Antrag im bernischen Grossen Rat unterstützt haben.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die mündliche Beantwortung des Gemeinderates sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.**



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

---

Protokollauszug an

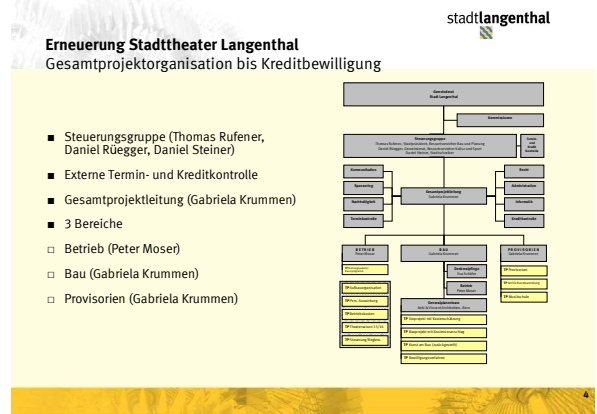
- Gemeinderat
-



## 15. Mitteilungen des Gemeinderates

### ■ Information über die Erneuerung des Stadttheaters; Stand der Dinge

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Die Information beinhalte Aussagen zur Gesamtprojektorganisation, zum Terminprogramm und in ein paar Ansätzen auch zum Raumprogramm:



Der Gemeinderat habe sich eingehend mit der Schaffung einer schlagkräftigen Projektorganisation befasst. Nicht zuletzt wegen der Vakanz, die durch den Weggang des Stadtbaumeisters Urs Affolter Ende Januar entstanden sei, habe eine Auseinandersetzung mit der Frage stattgefunden, wer für die Gesamtprojektleitung zuständig sei. Mit Frau Gabriela Krummen habe eine sehr versierte Mitarbeiterin gewonnen werden können, die die Gesamtprojektleitung kompetent wahrnehme.

Der Gemeinderat habe auch eine Steuerungsgruppe definiert. Gemeinderat Daniel Rüeegger vertrete darin die Sicht der Kultur. Die Sicht des Baus werde von ihm als Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen vertreten.

Eine externe Termin- und Kreditkontrolle sei installiert worden, um auch in dieser Phase zusätzlich eine externe Meinung zu jeweils wichtigen Fragen zu erhalten.

Die Bearbeitung finde in drei nach unten strukturierten Bereichen (Betrieb, Bau, Provisorien) statt. Der Bereich Provisorien betreffe allenfalls den Betrieb während der Bauzeit.

Wichtig sei die mögliche Einflussnahmemöglichkeit von Kommissionen. Die Bau- und Planungskommission, die Finanzkommission, die Kulturkommission und die Energie- und Umweltschutzkommission seien als verantwortliche Kommissionen bezeichnet worden.



stadtlangenthal

**Erneuerung Stadttheater Langenthal**  
Terminplan

**Meilensteine**

- Vorprojekt mit Kostenschätzung Juni 2013
- Bauprojekt mit Kostenvorschlag September 2013
- Behandlung der Vorlage in den Kommissionen November 2013
- Behandlung der Vorlage im Gemeinderat Dezember 2013
- Behandlung der Vorlage im Stadtrat Januar 2014
- **Volksabstimmung März 2014**
- Beginn Ausführungsplanung Mai 2014
- **Baubeginn Mai 2015**
- **Bezug des Stadttheaters Langenthal August 2016**



5

Jeder mehr oder weniger massgebende Termin sei definiert. Die Planung befinde sich in einem relativ engen Korsett. Der Gemeinderat sei der Meinung, die Arbeiten gemäss diesem Programm durchzuführen zu können. Die Planung lasse es aber nicht zu, Ehrenrunden zu drehen.

Der Terminplan habe gegenüber der ursprünglichen Fassung eine Erweiterung erfahren, weil dem Stadtrat im Januar 2014 eine mit den Kommissionen sauber abgestimmte und abtempierte Vorlage vorgelegt werden soll.

Vorgesehen sei, zur Ausarbeitung der Ausführungsplanung (Ausschreibungen, Baubewilligungsverfahren, Erstellung Detailpläne etc.) im Mai 2014 eine Spezialbaukommission einzusetzen.

Der effektive Umbau sei ab Mai 2015 geplant, so dass das Stadttheater im August 2016 zum 100-Jahr-Jubiläum bezugsbereit sei.

Wichtig gewesen sei, den Planern ein Raumprogramm mit auf den Weg geben zu können. Die Basis des Raumprogramms - bestehend aus den Paketen A, B und B1 - sei vom Stadtrat verabschiedet worden.

Pikant zu wissen sei, dass auf der Beschlussfassungsebene - wenn die Varianten allenfalls in die Volksabstimmung hineingebracht würden - nicht drei sondern nur zwei Fragen gestellt werden können. Irgendwann auf dem Weg bis zur Beschlussfassung müsse also eine der Untervarianten noch ausgemerzt werden.

stadtlangenthal

**Erneuerung Stadttheater Langenthal**  
Raumprogramm Nutzungspakete A/B/B1

- Drei Nutzungsvarianten (Nutzungspakete)
  - Paket A: Basispaket (Weiterführung heutige Nutzung mit Optimierungen)
  - Paket B: Parallelbetrieb (zusätzlicher Raum mit Bühne)
  - Paket B1: Parallelbetrieb (gleich wie B, ohne Umgestaltung Eingangsbereich)
- Ausschreibung Generalplanerdienstleistungen
- Bedürfnisse Theaterbetrieb
- Beizug von Marc Baumann, Direktor Theater Winterthur

6

Die Ausschreibung der Generalplanerdienstleistungen sei im Zusammenhang mit dem Wettbewerb und dem Studienauftrag erfolgt. Auch die Bedürfnisse des Theaterbetriebs seien bereits eingeholt worden. Ausserdem sei mit Marc Baumann (Direktor des Theaters Winterthur) ein Spezialist beigezogen worden.

stadtlangenthal

**Erneuerung Stadttheater Langenthal**  
Raumprogramm Nutzungspakete A/B/B1

- Klare Trennung zwischen Zuschauer-, Künstler- und Officebereich aus sicherheitstechnischen und betrieblichen Gründen
- Die Räumlichkeiten für die Musikschule und das Archiv Kunstsammlung im Untergeschoss des Stadttheaters werden künftig nicht mehr für diese Nutzungen zur Verfügung stehen.

7

Der erstellte Anforderungskatalog zeige auf, was das Theater (in den verschiedenen Varianten) - unter dem Aspekt, dass eine klare Trennung zwischen Zuschauern, Künstlern und dem Office-Bereich sichergestellt werde - räumlich bringen soll.

Zur Kenntnis zu nehmen sei, dass bis anhin weitervermietete Räumlichkeiten im Untergeschoss künftig nicht mehr für diese Nutzung zur Verfügung stehen werden!

Persönlich sei er über die geschaffene klare Ausgangslage sowie mit dem Projekt auf Kurs zu sein, sehr erfreut.



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-





**16 A. Eingereichte Motion Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 18. März 2013: Aufhebung der Defizitgarantie der Stadt Langenthal für die Stiftung für Alterswohnungen Langenthal**

Motionstext:

**"Aufhebung der Defizitgarantie der Stadt Langenthal für die Stiftung für Alterswohnungen Langenthal**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat, allenfalls der Stimmbevölkerung eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Aufhebung der bestehenden Defizitgarantie für die Stiftung für Alterswohnungen Langenthal vorsieht.*

*Begründung:*

*Am 3. Mai 1970 wurde in einer Gemeindeabstimmung beschlossen, dass die Gemeinde Langenthal Defizite aus dem Betrieb der Stiftung für Alterswohnungen abdeckt. Diese Regelung wurde getroffen, bevor der Kanton die Finanzierung von Altersheimen und -wohnungen in seiner Gesetzgebung geregelt hat. Heute sind Betrieb und Investitionen durch das Finanzierungssystem des Kantons finanziell sichergestellt. Es ist deshalb möglich, dass die Stiftung ihren Betrieb der Alterswohnungen im Normalfall ohne finanzielle Hilfe der Stadt Langenthal führen kann. Da im Gemeindebeschluss klare Kriterien für die Defizitübernahme der Stadt fehlen, führte die Umsetzung der seinerzeitigen Regelung im Rahmen der Budgetierung und der Rechnungsabnahme immer wieder zu Problemen. Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, die bisherige Regelung zu überarbeiten und dem zuständigen Organ der Stadt (Stadtrat, ev. Stimmbevölkerung) eine Vorlage zu unterbreiten, die auf eine Defizitübernahme durch die Stadt verzichtet."*

*Beat Sterchi und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



**16 B. Eingereichte Motion Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. März 2013: Aufhebung der Ausnützungsziffer (insbesondere Art. 26 - 28 sowie Art. 31 Baureglement)**

Motionstext:

**"Aufhebung der Ausnützungsziffer**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament und dem Stimmbürger eine Vorlage zu unterbreiten, welche folgende Änderung des städtischen Baureglementes beinhaltet: Die Vorschriften betreffend Ausnützungsziffer sind aufzuheben (insbesondere Art. 26-28 sowie Art. 31).*

*Begründung:*

*Aufgrund der zunehmenden Zersiedelung des Mittellandes infolge vermehrtem Wohnbedarf wird ein haushälterischer Umgang mit Bauland immer wichtiger. Speziell in Langenthal sind kaum mehr Baulandreserven vorhanden. Eine nachhaltige Zonenplanung mit verdichtetem Bauen und optimaler Nutzung bestehender Gebäude ist bei Fachleuten unbestritten und wird von der Bevölkerung auch gewünscht. Im Rahmen dieser Entwicklung ist das Instrument der Ausnützungsziffer nicht mehr zeitgemäss und kontraproduktiv. Um ein ästhetisches Stadtbild und eine gute Wohnqualität zu gewährleisten genügen die bestehenden Vorschriften betreffend Gebäudeabstände und -höhen."*

*Christoph Stäger und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 16 C. Eingereichte Motion Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 18. März 2013: Verkehrstechnische Massnahmen bei der Kreuzung Waldhofstrasse/St. Urbanstrasse

Motionstext:

**"Verkehrstechnische Massnahmen bei der Kreuzung Waldhofstrasse/St. Urbanstrasse** (Motion mit Richtliniencharakter)

*Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Kanton eine neue Verkehrsführung im Bereich der Kreuzung Waldhofstrasse St. Urbanstrasse zu verlangen.*

*Begründung:*

*Die Waldhofstrasse (Abschnitt Aarwangenstrasse zu St. Urbanstrasse) ist eine der meistbefahrenen Strassen in Langenthal. Insbesondere zu den täglichen Hauptverkehrszeiten bildet sich öfters eine lange, stehende Kolonne vom Onyxkreisel bis zur Einmündung St. Urbanstrasse.*

*Dieser Stau ist nicht nur unerträglich für die Verkehrsteilnehmer und die Anwohner der Waldhofstrasse, sondern kann auch fatale Auswirkungen auf den zeitgerechten Einsatz der Notruffahrzeuge des Spitals haben, weil die Wegfahrt aus dem Spitalareal blockiert ist.*

*Die Situation könnte erheblich entschärft werden, wenn auf der Kreuzung Waldhofstrasse St. Urbanstrasse ein Kreisel oder aber auf der Waldhofstrasse Richtung St. Urbanstrasse eine zweite, für Rechtsabbieger bestimmte Fahrspur, erstellt werden könnte.*

*Sowohl der in Betracht fallende Abschnitt der Waldhofstrasse wie auch die St. Urbanstrasse sind Kantonsstrassen. Die Stadt Langenthal kann daher nicht in eigener Regie über die Verkehrsführung entscheiden. Hingegen kann der Gemeinderat dieses Anliegen der Bevölkerung aufnehmen und beim Kanton für eine rasche Umsetzung der notwendigen Massnahmen vorstellig werden.*

*Bewusst soll diesem Anliegen Priorität gegenüber allfällig weiteren geplanten baulichen Veränderungen im Bereich des zur Diskussion stehenden Abschnitts der Waldhofstrasse eingeräumt werden."*

*Rudolf Lanz und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 16 D. Eingereichte Interpellation Stäger Christoph (glp) vom 18. März 2013 betreffend Signalisation Brünnelikreisel

Interpellationstext:

### **"Signalisation Brünnelikreisel**

*Der neugestaltete Brünneli-Kreisel sorgt regelmässig für Verunsicherung und Unmut. Die Gestaltung als «Anderthalb-Spuren-Kreisel» mag zwar funktionell sinnvoll sein, führt aber immer wieder zu heiklen Situationen, da das Regime nicht den üblichen Regeln der Zweispurenkreisel entspricht. Es geht dabei lediglich um die Kreiseleinfahrt aus Richtung Nord und West. Die Bodenmarkierung für Rechtsabbieger löst das Problem nicht, da dies vielfach nur als Empfehlung betrachtet wird. Die linke Spur für Geradeausfahrer und Linksabbieger müsste ebenfalls signalisiert werden. Ganz korrekt wäre zusätzlich eine entsprechende Signaltafel vor der Kreiseleinfahrt.*

*Wenn Besucher Langenthals mit einem Verkehrsärgernis empfangen werden, trägt das nicht zum Image unserer Stadt bei.*

- *Da es sich um Kantonsstrassen handelt, geht die Frage an den Gemeinderat, ob dieses Problem bei den zuständigen Stellen des Kantons mit dem nötigen Nachdruck besprochen wurde?*
- *Sind Lösungen in Aussicht?*
- *Kann die Stadt Langenthal allenfalls selber aktiv werden?"*

*Christoph Stäger*

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

<sup>3</sup> *Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.*



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung von Montag, 18. März 2013

## 17. In eigener Sache

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** Den Parlamentsmitgliedern danke er für den reibungslosen Verlauf der Sitzung und die grosse Sitzungsdisziplin.

Mit dem Hinweis, dass die nächste Stadtratssitzung am **Montag, 6. Mai 2013** stattfindet, erkläre er die heutige Sitzung für geschlossen.